

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1894.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 30 Pf. (zuletzt 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Streifenzeile und Geschäfts-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 12. Mai 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Scheitern russischer Widerstandsversuche in Westgalizien.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 11. Mai 1915. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Gestern vormittag wurde vor Westende ein englisches Linien Schiff durch unser Feuer vertrieben.

Ostlich Ypern machten wir weitere Fortschritte und erbeuteten 5 Maschinengewehre. Südwestlich Lille setzten die Franzosen ihre Angriffe auf die Loretohöhe und die Orte Ablain und Carency fort. Sämtliche Angriffe wurden abgeschlagen. Die Zahl der von uns hier gemachten Gefangenen erhöht sich auf 800. Zwischen Carency und Neuville hielten die Franzosen die von ihnen genommenen Gräben noch in Besitz, der Kampf dauert hier fort. Ein englisches Flugzeug wurde südwestlich Lille heruntergeschossen.

Nordwestlich Berry an Bac in den Waldungen südlich La Ville an Bois stürmten unsere Truppen gestern eine aus zwei hintereinanderliegenden Linien bestehende Stellung in Breite von 400 Meter, machten dabei eine Anzahl unverwundeter Gefangener und erbeuteten zwei Minenwerfer mit viel Munition. Feindliche Infanterieangriffe nördlich Flirey und im Priesterwalde scheiterten unter erheblichen Verlusten für den Gegner.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Russen versuchten gestern in der Linie Besko-Brzozow an der Stobnica-Brzezankaabschnitt-Ropezyc (östlich Debica)-Szezucin an der Weichsel die Verfolgung der Armeen des Generalobersten v. Mackensen zum Stehen zu bringen. Diese Absicht ist völlig gescheitert. Gegen Abend waren die russischen Linien an vielen Stellen, insbesondere bei Besko und zwischen Brzozow und Luteza durchbrochen, nachdem am Vormittag bereits ein verzweifelter Angriff mehrerer russischer Divisionen von Sanok in Richtung Besko unter schwersten Verlusten für den Feind gescheitert war. Die Verfolgung wird fortgesetzt.

Oberste Seeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 11. Mai. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart, 11. Mai 1915, mittags:

In den Kämpfen der letzten zwei Tage haben unsere Truppen die russische Schlachtlinie bei Debica durchbrochen. Hierdurch wurden die südlich der Weichsel kämpfenden starken russischen Kräfte zum schnellen Rückzug hinter die untere Wislota gezwungen. Die Tragweite dieser Ereignisse wird klar durch die seit heute früh vorliegenden Meldungen über den Rückzug des feindlichen Südfüßels in Russisch-Polen. Die stark befestigte Nidafront wird vom Gegner als unhaltbar erkannt und eiligst geräumt. Wie der Erfolg bei Gorlice und Jaslo sich auf die Karpatenfront übertrag, so beeinflusst jener der Armeen des Erzherzogs Josef Ferdinand bei Tarnow und Debica die Situation in Russisch-Polen.

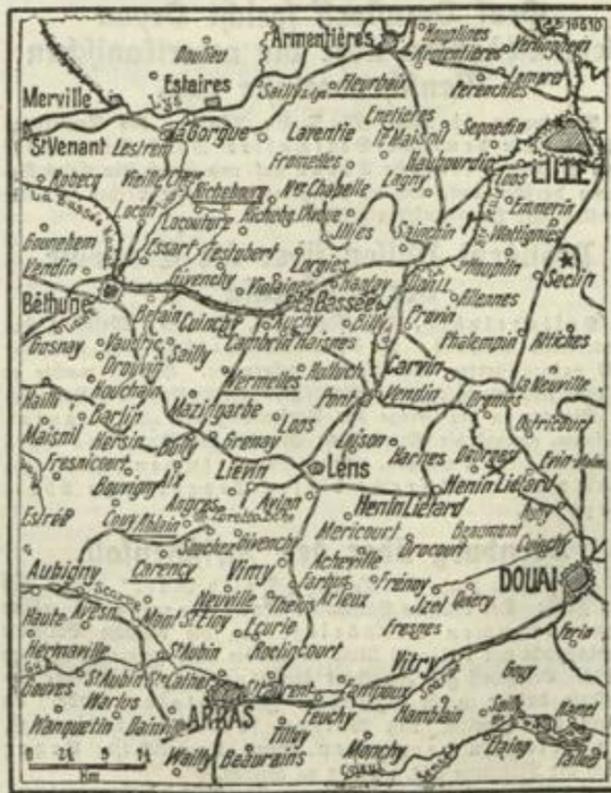
In Mittelgalizien dringen unsere und die deutschen Truppen unter fortwährenden erfolgreichen Kämpfen den Trümmern der geschlagenen russischen Korps gegen den Sanabschnitt Dunow-Sanok nach. Ein verfruchteter russischer Gegenangriff von jenseit drei Divisionen von Sanok entlang der Bahn gegen Westen wurde unter schweren Verlusten des Feindes blutig zurückgeschlagen und die Verfolgung fortgesetzt. Gefangenenzahl und Beute nehmen täglich zu.

Die aus dem Waldgebirge vorgeprägten Kolonnen haben bei Baligrad starken Gegner geworfen und mit Vortruppen den San bei Dweruil überschritten. Die russische achte Armee, die im allgemeinen zwischen Luskow und Ujol kämpfte, ist untermehr mit beträchtlichen Teilen ebenfalls in die Niederlage verwickelt.

In Südgalizien sind die Russen in mehreren Abschnitten zum Angriff übergegangen. Ein Vorstoß starker Kräfte nördlich des Pruth auf Czernowitz wurde an der Reichsgrenze zurückgeschlagen, sechshundertzwanzig Gefangene gemacht. Nördlich Horodinka gelang es feindlichen Abteilungen, am südlichen Dneprufer Fuß zu fassen. Der Kampf dauert hier an.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Das Gebiet der neuen englisch-französischen Offensive.



Russische Friedenswünsche?

Das Moskauer liberale Organ „Ruskaia Bedomosti“ beschäftigt sich in seiner Nummer vom 29. April in einem Leitartikel mit der Frage eines Separatfriedens zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn. Obwohl dem Blatte kein offiziöser Charakter innewohnt, sind seine Äußerungen über diesen Gegenstand von starkem Interesse, da sie im allgemeinen mit den Anschauungen der einflussreichen Schicht der bürgerlichen Intelligenz zusammenfallen.

„Das gemeinsame europäische Interesse in diesem Kriege“, schreibt das Blatt, „ist vor allem die Verhinderung des deutschen Militarismus; neben diesem Ziel erheben sich verschiedene Gebietsveränderungen als nebensächlich. Obwohl die Teilnahme Oesterreich-Ungarns am Kriege keinesfalls eine entscheidende Bedeutung haben kann, wird seine Ausschaltung doch die Bewirklichung des Hauptzieles beschleunigen und erleichtern. Deshalb liegt für die verbündeten Mächte kein Grund vor, gegen einen Separatfrieden mit Oesterreich-Ungarn zu opponieren.“

Unter welchen Bedingungen wäre ein solcher Separatfrieden für Rußland annehmbar? Das Schicksal Galiziens weckt nach dem Fall von Krzemysl keinen Zweifel mehr. (2) Was Westgalizien mit Krakau betrifft, so brauchen wir es als einen Teil des zu neuem Leben wieder erweckten Polens. Wenn von national-polnischen Standpunkte der Verlust Galiziens beklagt werden konnte, so liegt jetzt, wo dieser Verlust des größten Teils Galiziens eine vollendete Tatsache geworden ist, kaum ein Grund vor zu wünschen, daß der übrige Teil Galiziens politisch nicht mit dem Gebiet vereinigt werden soll, in dem die Hauptmasse des polnischen Volkes leben wird. Ebenso unzweifelhaft ist es, daß Bosnien und Herzegowina zu Serbien geschlagen werden müssen, das zudem einen Ausgang zur Adria erhalten soll. Dann wird jedes Hindernis beseitigt sein, daß Bulgarien den Teil Mazedoniens zurückbekommt, der nach der Zusammenfügung seiner Bevölkerung jedenfalls weit eher bulgarisch als serbisch ist.

Diese zwei Friedensbedingungen sind genügend klar. Schwieriger ist es, die Garantien zu bestimmen, die gegen die Aufrechterhaltung der ausschließlichen politischen Bedeutung der deutschen und magyarischen Elemente erhalten werden müssen. In einem Oesterreich-Ungarn ohne Bosnien, Herzegowina und Galizien haben diese Elemente alle Aussichten, sich noch enger zusammenzuschließen und noch energischer eine antislawische Politik zu führen. Deshalb müssen die Tschechen und Kroaten eine Autonomie erhalten, ferner müssen bestimmte Maßnahmen ergriffen werden gegen die Denationalisierung der Slowenen, wie überhaupt dahin gewirkt werden muß, daß Oesterreich-Ungarn dezentralisiert und die beherrschende Stellung Ungarns gebrochen wird. Vielleicht wird die Doppelmonarchie auf diesem Wege zum Föderalismus gelangen, gegen den in Budapest so hartnäckig und erbittert angekämpft worden ist.“

Das Blatt bemerkt, man könne diese Bedingungen keineswegs als übermäßig schwer bezeichnen. Durch ihre Bewirklichung würde Oesterreich-Ungarn von der „verderblichen Abhängigkeit“ von Deutschland frei kommen. Andererseits würde „ein Separatfriede Oesterreich von der Notwendigkeit entbinden, Italien und Rumänien Gebietsabtretungen zu gewähren; freilich müßte die Lage der Italiener in Triest, Serbien und die der Rumänen in Transleithanien geändert werden. Aber schon die Erhaltung von Triest und der dalmatinischen Küste wäre ein unbeschätbarer Gewinn für Oesterreich-Ungarn, dessen Früchte auch seinen slawischen Völkern zugute kommen würden.“

Wir halten es für überflüssig, gegen diese Darlegungen des russischen liberalen Blattes zu polemisieren. Die Undurchführbarkeit der russischen Kriegsziele liegt bei dem jetzigen Stand der Dinge klar zutage. Das immer wiederkehrende Bestreben der russischen Presse, Oesterreich-Ungarn die Vorteile eines Separatfriedens darzulegen, zeigt vielmehr den Wunsch, auf diesem Wege überhaupt zum Frieden zu gelangen. Besonders interessant ist im Zusammenhang mit der erwarteten Entscheidung Italiens der Hinweis des russischen Blattes, daß ein Separatfriede mit Rußland Oesterreich-Ungarn von der Notwendigkeit entbinden würde, weitgehende Konzessionen an Italien zu machen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 11. Mai. (B. T. V.) Der Kriegsbericht von gestern nachmittag lautet: Drei neue deutsche Angriffe nördlich Lombardzinde wurden zurückgewiesen. Letztlich von St. Georges bemächtigte sich unsere Marineinfanterie der von den Deutschen sehr stark besetzten Unionarm sowie der östlich davon liegenden Feldschanze. Sie machten etwa 30 Gefangene. Dünkirchen wurde vormittags wieder beschossen. Im Gebiete nördlich von Arras behaupteten wir die im gestrigen Abendbericht gemeldeten bedeutenden Gewinne. Auf der übrigen Front, besonders in den Argonnen und im Elsaß beim Sillackerwalden, dauert der Artilleriekampf fort.

Paris, 11. Mai. (B. T. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Nördlich Arras behaupteten wir trotz mehrerer deutscher Gegenangriffe unseren ganzen gestrigen Gewinn und verbreiteten ihn an gewissen Stellen, besonders zwischen Carency und Souchez, wo unser Erfolg sich entwickelte. Die Gesamtzahl der Gefangenen überstieg um 3 Uhr nachmittags 3000, darunter etwa 40 Offiziere und ein Oberst. Wir eroberten am gestrigen und heutigen Tage über 10 Kanonen und 50 Maschinengewehre. In Verrin au Bac wurde ein deutscher Angriff zurückgeworfen, ebenso im Priesterwalde.

Deutsches Flugzeug über Montdidier.

Paris, 11. Mai. (B. T. V.) Der „Temps“ meldet: Ueber Montdidier erschien am Sonntag ein deutsches Flugzeug, welches zwei Bomben warf. Die eine fiel in der Nähe der Gasanstalt nieder, die andere in der inneren Stadt. Eine Person wurde getötet.

Die neueste englische Verlustliste.

London, 11. Mai. (B. T. V.) Die neueste Verlustliste zählt 261 Offiziere als tot und verwundet auf.

Kitcheners neues Heer.

E. Holten-Nielsen hat Übungen und Manövern des Kitchenerischen Heeres in England beigemohnt und gibt in der „Politiken“ vom 6. Mai seine Wahrnehmungen wieder.

Der englische Train ist schwerfällig, aber überaus reichhaltig und vermehrt deswegen trotzdem die Kampfsfähigkeit des Heeres. Stabsoffiziere nehmen keinen Alkohol, um den Soldaten mit gutem Beispiel voranzugehen. Der Verfasser hat keinen einzigen betrunkenen Soldaten gesehen. Die Heeresausrüstung ist vorzüglich. Die Abzeichen der Chargen sind fast unsichtbar. Die Offiziere tragen keinen Säbel, wohl aber bis zum Hauptmann einen Tornister. Bei den Mannschaften verwendet man möglichst wenig Lederklein. Die Kochstellen sind harmonisierartig.

Bei den Übungen wurden Maschinengewehre durch eine Trommel markiert, was großartig geht, da sie den Laut genau treffen und Patronen sparen.

Die Schützengräber, durchschnittlich 5—6 Fuß tief, sind nicht mehr zusammenhängend gebaut, sondern für je 3—4 Mann durch Traversen getrennt oder auch vielfach T-förmig. Die Geschützstellungen stets durch Gebüsch und ähnliches maskiert. Die langen, schweren Geschütze der Artillerie werden von je acht schottischen schweren Pferden gezogen. Die Kavallerie ist auf meist kanadischen Pferden brillant beritten. Der Train ist mit großen Maulkuren aus Argentinien bespannt, die Pferde sehr gleich; der leichte Train verwendet schwächere Maulkuren.

Die Kompagniechefs der Infanterie reiten auf großen Ponys, so daß sich die großen Leute auf diesen kleinen Tieren sehr merkwürdig ausnehmen.

Gegen Regen hat man überall, auch auf den Pferddecken und -rücken, Wachstuchüberzüge. Die Jouragewagen sind vielfach Motorfahrzeuge, von denen ungeheure Mengen vorhanden und manche so groß wie kleine Häuser sind.

Bei den großen Übungen, die einen ruhigen und überlegten Eindruck machten, nahmen 38 000 Mann teil. Sturmangriffe werden massenhaft geübt. Säde mit Stroh zwischen hohen Pfählen markieren den Feind, dem mit dem Bajonett tapfer zugesetzt wurde. Die überwiegende Mehrheit der Infanterie ist mit der kurzen englischen Lee-Enfieldbüchse bewaffnet, die als Einheitswaffe betrachtet wird. Die gleiche Waffe haben auch Feldartilleristen, Kavalleristen und Train. Die Reiter sind auch zu Fuß sehr gut geübt.

Militärmusik ist massenhaft vorhanden, sie paradiert überall und erregt in London immer Begeisterung.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Meldung des russischen Generalstabs.

Petersburg, 11. Mai. (B. T. V.) Der Große Generalstab gibt bekannt: In der Gegend von Szawle schritt unsere Offensiv am 9. Mai in breiter Front erfolgreich fort. Eine von einem preussischen Garde-Infanterie-Regiment unterstützte bayerische Kavallerie-Division, die unsere in der Richtung Rejban und Besagola operierenden Truppen von Osten her umging, wurde in der Umgebung des Bahnhofes von Reim erfolgreich von unserer Kavallerie angegriffen und am 9. Mai von ihr ohne Unterbrechung über viele Werst hin verfolgt. Auf dem linken Ufer des Njemen und an der Narewfront herrschte vollkommene Ruhe. Auf dem linken Weichselufer wiesen wir einen feindlichen Angriff an der Mündung der Nida ab. In Westgalizien wurde am 8. und 9. Mai in der Hauptsache auf der Linie Wislola—Nowotaniec gekämpft. Nach erbitterten Kämpfen gelang es dem Feinde in der Gegend von Krosno den Oberlauf der Wislola zu überschreiten. Während der Kämpfe in der vergangenen Woche machten wir mehrere tausend unverwundete Deutsche und Oesterreicher zu Gefangenen, deren genaue Zahl noch angegeben wird. Am Luemokpaß unternahm der Feind einen vergeblichen Angriff. Am 8. Mai griffen dicke Kolonnen des Feindes heftig Szanie und die Berge von Jawonik am Oberlauf der Lomnica an. An einem Teil unserer Stellung, der von zwei Kompagnien gehalten wurde, waren die Verluste des Feindes ungeheuer groß. Trotz des feindlichen Maschinengewehrfeuers gingen unsere Kompagnien zur Offensiv über und legten mit ihrem Feuer die anstürmenden Kolonnen des Feindes fort. Der Feind wurde in dieser Gegend überall geworfen. Am gleichen Tage zwang der Feind nach einem erbitterten Kampfe unsere bei dem Dorfe Saleszeznki stehenden Truppen, sich auf das linke Ufer des Dnjestr zurückzuziehen. Nachdem unsere Vorhuten in der

Nacht vom 9. Mai den Dnjestr überschritten hatten, griffen sie den Feind in der Linie Zabobruki—Mündung der Strypa an, machten 1300 Gefangene und erbeuteten eine Kanone und mehrere Maschinengewehre.

Der Durchbruch in Galizien.

Berlin, 11. Mai. (B. T. V.) Aus dem Großen Hauptquartier erhalten wir über den Fortgang der Durchbruchschlacht in Westgalizien, die den Namen der Schlacht von Gorlice-Tarnobrom tragen wird, folgende weitere telegraphische Mitteilung: Am Abend des 4. Mai war der tatsächliche Durchbruch vollendet. Trotz des Einsetzens namhafter Neiger und trotz aller vorbereiteten zweifeln, dritten und vierten Linien war der Feind geschlagen und im vollen Rückzug über die Wislola. Wie der offizielle russische Bericht selbst zugibt, war die Truppe vor allem durch die außerordentliche Wirkung der schweren Artillerie der Verbündeten stark erschüttert. Am Morgen des 5. Mai meldeten die Sieger, die durch ihre Unermüdbarkeit und ausgezeichneten Meldungen die Führung außerordentlich unterstützten, und deren Tätigkeit durch eine warme, unermüdbare Motivation ganz weitestgehend begünstigt wurde, den Rückzug des Feindes auf allen von Jaslo nach Osten und Norden führenden Straßen. Sie waren sämtlich von in großer Unordnung abziehenden Kolonnen besetzt, die Straßenbrücken bei Jaslo brannten, die Eisenbahnbrücken über Ropa und Wislola waren gesprengt. Nun war kein Zweifel mehr, daß der Feind nicht mehr die Kraft besaß, die Wislola-Linie zu verteidigen. Der Bericht auf die Behauptung dieser Linie mußte aber von der weittragenden Bedeutung für die russische Nachbararmee werden, deren Stellungen im nördlichsten Zipfel Ungarns nunmehr unhaltbar wurden. Die strategische Wirkung des Durchbruchs mußte sich jetzt fühlbar machen, und die Aufrollung der russischen Karpatenfront bis zum Luplow-Sattel als Frucht des gelungenen Durchbruchs dem Siege in den Schoß fallen. Jögerte der Feind mit dem Rückzug, dann wurden ihm die rückwärtigen Verbindungen verlegt und seine im Gebirge stehenden Truppen abgeschnitten. Tatsächlich brachte der Telegraph von der benachbarten Armee des Generals der Infanterie Gorowic von Bojna schon am frühen Morgen die Kunde, daß der vor ihr gewesene Feind in der Nacht vom 4. zum 5. Mai den Abmarsch nach Norden angetreten habe, und daß er sich nahezu vor der ganzen Front im eiligen, teilweise fluchtartigen Rückzuge befände. Die dritte österreichische Armee folgte dem Feinde auf dem Fuße, um diesen aber womöglich noch die Rückzugsstraße zu verlegen, ließ der rechte Flügel der Armee Madenitsen besetzende General v. Emmich seine Truppen, die bei Zimgrad auf dem eiligen Abzug der Russen die Wislola-Linie noch unterfecht gefunden hatten, in einem Gewaltmarsch bis zur Jaslola nördlich Dufka vorrücken, so daß seine Kanonen am Abend dieses Tages die Stadt Dufka und die von dem gleichnamigen vielgenannten Vasse heranziehende Gebirgsstraße unter Feuer nahmen. Während Hannoveraner und Böhmer die Nacht gegen die Karpaten hielten, damit aus ihnen nichts nach Norden entschlüpfte, stand im Rücken der deutschen Truppen noch schanzender Feind. Im übrigen rückten Mitte und linker Flügel der Armee Madenitsen an diesem Tage, gegen feindliche Nachhuten kämpfend, an die Wislola heran. Am 6. Mai vollzog die Masse der Armee den Übergang über den Fluß. Der Feind versuchte preussischen Garderegimentern die östlichen Uferhöhen streitig zu machen. Er wurde angegriffen und ließ fünfzehn Feldkanonen sowie zwei schwere Geschütze in der Hand des Siegers. Die Gardetruppen hatten bis dahin allein 30 000 gefangene Gefangene gemacht, drei Geschütze und fünfzig Maschinengewehre erbeutet. In enger Zusammenarbeit mit Madenitsen überschritt die Armee des Erzherzogs Joseph Ferdinand am 6. Mai mit ihrem rechten Flügel die Wislola. Die zehnte österreichische Division, die sich unter Führung ihres Kommandeurs, des Generals v. Recenfehn, während der sämtlichen bisherigen Kämpfe ganz besonders ausgezeichnet hatte, setzte sich am 7. Mai nach erbittertem Straßenkampf in todessmutigem Sturm in den Besitz der Stadt Przostek, die die Russen hartnäckig verteidigt hatten. Mitte und linker Flügel der österreichischen Armee warfen den Feind aus verschiedenen, sich verteidigten Nachstellungen und zehnten den Vormarsch fort. Die erzherzogliche Armee hatte bis zum Abend dieses Tages sechszehntausend Gefangene gemacht, sechs Geschütze und einunddreißig Maschinengewehre erbeutet.

Der türkische Krieg.

„Times“ über die englischen Dardanellen-Verluste.

London, 11. Mai. (B. T. V.) „Times“ melden aus Kairo: Eine Anzahl Verwundeter aus den Dardanellen ist hier eingetroffen. Die großen Verluste an Offizieren erklären sich aus dem Umstande, daß diese von den besten Scharfschützen, die in gutem Versteck lagen, auf Korn genommen wurden. Die Soldaten, die in Antworten waren, erklären, was sie dort erlebt hätten, sei gar nicht zu vergleichen mit den Schwierigkeiten auf der Gallipoli-Halbinsel.

Zur Torpedierung der „Lusitania“

Graf Bernstorff spricht Bryan sein Bedauern über die amerikanischen Menschenverluste aus.

Washington, 11. Mai. (B. T. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der deutsche Botschafter Graf Bernstorff suchte Staatssekretär Bryan auf und sprach sein tiefes Bedauern darüber aus, daß die Kriegereignisse zum Verlust so vieler amerikanischen Menschenleben geführt hätten.

Präsident Wilson über die Tragödie der „Lusitania“.

Philadelphia, 11. Mai. (B. T. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Präsident Wilson hat hier vor 4000 naturalisierten Amerikanern gesprochen. Hierbei machte er die erste Andeutung über die wahrscheinliche Haltung der Vereinigten Staaten in der Frage der Versenkung der „Lusitania“. Er sagte, obwohl die Vereinigten Staaten den Frieden aufrechterhalten würden, würden sie versuchen, Deutschland von dem Unrecht dieser Tragödie zu überzeugen.

Dernburg über den Zwischenfall.

London, 11. Mai. (B. T. V.) „Daily Mail“ meldet aus New York: Der deutsche Botschafter Graf Bernstorff erhielt Montagmorgen um 1 Uhr 32 Minuten in die Luft gesprengt werden würde. Bernstorff gab den Brief den Zeitungen mit der Bemerkung, daß er zu der angegebenen Zeit schlafen werde. Es besteht kein Zweifel, daß Wilson fest entschlossen ist, den Krieg zu vermeiden, wenn es möglich ist. Bryan sprach die Mahnung aus, ruhig zu bleiben.

Dernburg hielt eine Rede in Cleveland, in der er sagte: England erklärte im Winter die Nordsee als Kriegsgebiet.

sein Protest erfolgte von Seiten der Vereinigten Staaten oder der anderen Neutralen. England hielt alle neutralen Schiffe mit Nichtkonterbande auf. Keine Lebensmittel erreichten seit Kriegsausbruch Deutschland. Das Völkerrecht erkennt nicht das Recht an, ein ganzes Volk auszuhungern. Als Repressalie erklärte Deutschland die Gewässer um England als Kriegsgebiet und begann den Unterseebootskrieg. Der Kapitän der „Lusitania“ hat die Ladung als Metalle und Munition bezeugt. Das Schiffsmannschaft führte auf: 300 000 Pfund Messing, 60 000 Pfund Kupfer, 180 Kisten mit militärischen Artikeln, 1271 Kisten mit Patronen für London. Dernburg wies darauf hin, daß die deutsche Warnungsbotschaft wieder erschienen sei. — „Daily Mail“ schreibt in ihrem Leitartikel: Es ist klar, daß, wenn das Versenken der Handelschiffe fort dauert, die Einfuhr der großen jetzt wachsenden kanadischen Weizenente schwerer sein wird, als wir wünschen können.

Amtliche deutsche Erklärung an die neutralen Mächte.

Amtlich. Berlin, 11. Mai. (B. T. V.) Der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und den Regierungen der neutralen Mächte in Europa ist durch die bei ihnen beglaubigten kaiserlichen Vertreter eine Mitteilung folgenden Inhalts gemacht worden.

Die kaiserliche Regierung bedauert aufrichtig den Verlust von Menschenleben durch den Untergang der „Lusitania“, muß jedoch jede Verantwortung ablehnen. England hat Deutschland durch seinen Aushungerungsplan zu entsprechenden Vergeltungsmaßnahmen gezwungen und das deutsche Anerbieten, für den Fall des Aufgebens des Aushungerungsplans den Unterseebootskrieg einzustellen, mit verschärften Blockademaßnahmen beantwortet. Englische Handelschiffe können schon deshalb nicht als gewöhnliche Kauffahrteischiffe behandelt werden, weil sie gewohnheitsmäßig armiert sind und wiederholt durch Rammen-Angriffe auf unsere Schiffe unternommen haben, so daß schon aus diesem Grunde eine Durchsuchung ausgeschlossen ist. Der englische Parlamentssekretär hat noch jüngst auf Anfrage Lord Beresfords erklärt, daß nunmehr so gut wie alle englischen Handelschiffe bewaffnet und auch mit Handgranaten versehen seien.

Uebrigens gibt die englische Presse offen zu, daß die „Lusitania“ mit gefährlicher Geschützstärke ausgerüstet war.

Der kaiserlichen Regierung ist ferner bekannt, daß die „Lusitania“ auf ihren letzten Reisen wiederholt große Mengen Kriegsmaterial beförderte, wie überhaupt die Cunarddampfer „Mauretania“ und „Lusitania“ infolge ihrer Schnelligkeit als besonders geschützt gegen Unterseebootsangriffe betrachtet und mit Vorliebe zum Transport von Kriegsmaterial benutzt wurden. Die „Lusitania“ hatte auf der jetzigen Reise erwiesenermaßen fünftausendvierhundert Kisten Munition an Bord, auch die sonstige Ladung war größtenteils Konterbande. Vor Benutzung der „Lusitania“ war, abgesehen von allgemeiner deutscher Warnung, noch durch den Volschaffter Grafen Bernstorff besonders gewarnt worden. Die Warnung fand jedoch seitens Neutraler keine Beachtung, seitens der Cunardlinie und der englischen Presse sogar frevelhafte Verhöhnung. Wenn England auf diese Warnung hin jede Verhöhnung des Schiffes bestritt, das Vorhandensein ausreichender Schutzmaßnahmen voraussetzte und die Reisenden so zur Wahrung der deutschen Warnungen und zur Benutzung eines Schiffes verführte, das nach Armierung und Ladung der Versenkung verfallen war, so trifft die Verantwortung für den von der kaiserlichen Regierung auf tiefste beklagten Verlust von Menschenleben ausschließlich die Königlich-Großbritannische Regierung.

Erklärungen im englischen Unterhause.

London, 11. Mai. (B. T. V.) Unterhaus. Auf eine Anfrage, ob die Regierung Schritte getan habe, um Deutschlands wiederholte Uebertretungen der Haager Konvention zur Kenntnis der Unterzeichneten zu bringen, sagte Ministerpräsident Asquith, daß Deutschland den Krieg mit einem flagranten Vertragsbruch begonnen habe und mit zunehmender Mißachtung der Uebereinkünfte früher gutbefundener Bestimmungen über die Kriegsführung fortsetze. Diese Tatsachen, bemerkte Asquith weiter, sind allgemein bekannt, und es hat keinen Zweck, mit der genannten Regierung in Verbindung zu treten, außer wenn wir zu irgendeiner Aktion übergehen wollen. Wir vertrauen, daß die neutralen Nationen immer mehr begreifen werden, daß die Ereignisse dieses Krieges die ganze zivilisierte Welt und die Zukunft der Menschheit berühren. Auf eine Anfrage wegen der „Lusitania“ führte Churchill aus, daß er es für übereilt halte, die Angelegenheit zu besprechen, ehe die amtliche Unterhaltung beendet sei, da die Admiralität der „Lusitania“ eine Warnung gesandt und sie gleichzeitig angewiesen habe, welchen Kurs sie einhalten solle. In Beantwortung einer Anfrage, warum die „Lusitania“ nicht eskortiert worden sei, gab Churchill zur Antwort, daß die Regierung von Zeit zu Zeit getrachtet habe, Eskorten für Schiffe zu beschaffen, die Truppen, Munition und Frachten brachten, welche die Regierung nötig hatte, daß jedoch der Grund davon folgt worden sei, jedes Handelschiff für sich selbst sorgen zu lassen. Bisher habe es nichts gegeben, was gegen die Nützlichkeit dieses Grundgesetzes sprach. Die traurige Ausnahme der Versenkung der „Lusitania“ darf aber nicht vergessen lassen, daß der englische Ueberseehandel ohne nennenswerten Verlust fortgesetzt werden wird.

Der Ruf nach Repressalien.

London, 11. Mai. (B. T. V.) Die hiesigen Abendblätter erinnern bei Besprechung der Versenkung der „Lusitania“ daran, daß 20 000 Deutsche in England wohnen, und verlangen, daß diese alle ohne Rücksicht auf ihre soziale Stellung in Konzentrationslager gebracht werden. Ein anderer Vorschlag geht dahin, alle Deutschen soweit ihres Eigentums zu berauben, daß dadurch der Wert des zerstörten Schiffes dreimal gedeckt würde. Außerdem wird vorgeschlagen,

Die angesehensten deutschen Künstler auf den Liniendampfern als Besatzung mitzuführen, damit sie von ihren Landsleuten torpediert werden könnten. Die Blätter bringen übertrieben groben Einzelheiten von dem Untergange der „Lusitania“.

„Morning Post“ fordert genaueste Untersuchung.

London, 11. Mai. (B. Z. V.) „Morning Post“ schreibt: Es war klar, daß die Drohung gegen die „Lusitania“, die von der deutschen Botschaft kam, nicht als Bluff gemeint sein konnte. Eine Drohung, ohne zu handeln, wäre lächerlich gewesen. Es gab drei Mittel, dem Angriff auszuweichen: Eine andere Route, große Schnelligkeit, oder Schutz durch Kreuzer und Torpedoboote. Der Angriff erfolgte an einer Stelle, wo man die Anwesenheit eines Unterseeboots annehmen konnte. Es scheint klar, daß kein britisches Kriegsschiff zur Stelle war. Der Fall erfordert sofortige genaueste Untersuchung.

Dasselbe Blatt interviewte den wallisischen Grubenbesitzer Thomas, der die Fahrt auf der „Lusitania“ mitgemacht hat. Dieser erklärte: Man sagte uns, es bestehe keine Gefahr, man werde für uns sorgen, aber die Besatzung der „Lusitania“ sorgte für sich selbst. Es war keine Rede von Unerschrockenheit, Organisation oder Disziplin, es herrschte vollständige Panik. Die Leute drängten sich in die Boote. Es wurde zwar gerufen: Frauen und Kinder zuerst! — aber es hätten ein paar Revolver da sein sollen, um die Ordnung zu erzwingen. Die Frauen wurden gar nicht geschossen, und niemand versuchte es. Die zusammenlegbaren Boote wurden meist nicht losgeschlitten oder waren, als man sie öffnete, löcherig.

Deutschfeindliche Demonstrationen in Liverpool.

London, 11. Mai. (B. Z. V.) „Daily News“ berichtet aus Liverpool: Dutzende von Läden, die Deutschen und Oesterreichern angehören, wurden geplündert. Die Fenster wurden zertrümmert. Röhren und Borräte auf die Straße geworfen. Der wütende Pöbel zog in der Nordstadt von einem Laden zum anderen. Kein Laden mit einem deutschen Namen wurde verschont. Die gesamte städtische Polizei und die berittene Gendarmerie versuchten es mit der Menge aufzunehmen, aber der Pöbel war mit Stöcken und Steinen bewaffnet und setzte unwiderstehlich das Werk der Zerstörung fort. Die Unruhe begann am Sonnabend und setzte sich am Sonntagmittag fort. Am Abend wurde die Lage ernst. Es handelt sich zweifellos um ein organisiertes Vorgehen. Fiegel und andere zum Bersten geeignete Gegenstände waren in der Nähe der Läden verborgen worden, um den Angriff vorzubereiten.

Bewachung der deutschen Botschaft in Washington.

London, 11. Mai. (B. Z. V.) „Daily News“ melden aus Washington: Die deutsche Botschaft wird von der Polizei besonders bewacht, um einen etwaigen Angriff zu verhindern. Es wird keinen Krieg mit Deutschland geben, das Volk fordert das auch nicht, ebenso wenig die bittersten Kritiken.

Amerikanische Stimmungen.

London, 11. Mai. (B. Z. V.) Die „Morning Post“ meldet aus Washington: Mit dem Untergang der Barbarei der Deutschen verbindet sich die intensive Entrüstung über die Sorglosigkeit oder die Unfähigkeit der britischen Regierung, daß sie die „Lusitania“ in die Kriegszone ohne den entsprechenden Schutz einfahren ließ. Der Korrespondent des Blattes erklärt, es sei wichtig, daß dies Empfinden bekannt und gebührend gewürdigt würde. Die Amerikaner sagen, daß angesichts der Drohung der deutschen Botschaft die englische Regierung moralisch verpflichtet war, die Amerikaner zu beschützen, die den Versicherungen der Beamten der Consulats vertrauten, daß sie keine Gefahr liefen. Besondere Maßregeln hätten getroffen werden müssen, um das Schiff zu beschützen. Das Publikum fragt, weshalb das Schiff nicht eskortiert wurde. Man kann sich nicht vorstellen, daß das Versinken der „Lusitania“ unter Umständen erfolgte, für die einige Blätter die englische Regierung krimonell verantwortlich machen, weil, wie der „Baltimore American“ sagt, „das Versprechen seiner Eskorte durch britische Kriegsschiffe nicht ausgeführt wurde“. Dies sei der schlimmste Schlag, den das englische Prestige erlitt und habe die ernsteste moralische Wirkung. Wenn die englische Regierung machtlos ist, ein so wichtiges und kostspieliges Schiff wie die „Lusitania“ zu schützen, tragen die Amerikaner, ob irgend welches Schiff noch sicher ist. Nichts habe das amerikanische Vertrauen in die englische Seeherrschaft so sehr erschüttert, als diese Enthüllung von der Gleichgültigkeit oder der schlechten Führung, die die „Lusitania“ in die deutsche Falle segeln ließ.

London, 11. Mai. (B. Z. V.) „Times“ melden aus New York: Hermann Kilder schreibt in der „Staatszeitung“: Der amerikanische Regierung liegt es nicht ob, die britische Schifffahrt in britischen Gewässern zu schützen. Es gibt nur ein Mittel, das Leben der Amerikaner zu sichern, nämlich dabei zu bleiben. Die Seefahrt in der Nähe des englischen Kanals ist entschieden gefährlich. Die Amerikaner sind jetzt doppelt gewarnt. Niemand kann erwarten, daß die deutsche Regierung jedesmal warnet, bevor sie zuschlägt. Ich weiß, daß die Freunde Englands in Amerika ihre Stimme in heiligem Entsetzen erheben werden. Sie werden in den nächsten Tagen noch manche Gelegenheit haben, ihren Chor zu vermehren, denn die Deutschen zeigen in Ost und West und auf der See eine Selbstvertrauen, die die kühnsten Träume ihrer Freunde übersteigt. Die deutsche New Yorker Zeitung „Herald“ erklärt: England müsse jetzt zugeben, daß sein Anspruch, es beherrsche die Meere, ein Märchen sei.

London, 11. Mai. (B. Z. V.) „Daily Telegraph“ berichtet aus Washington: Senator Stone, Vorsitzender der Kommission des Senates für auswärtige Angelegenheiten, habe geäußert: Wir dürfen nicht übersehen, daß die „Lusitania“ ein englisches Schiff war, unter englischer Flagge fuhr und verpflichtet war, jederzeit in den Dienst der englischen Regierung zu treten. Es ist auch erklärt worden, daß das Schiff, als es angegriffen wurde, Reservisten an Bord hatte, die nach England gingen, um in das englische Heer einzutreten. Die Passagiere haben sich infolge der halbamtlichen Warnung durch die deutsche Botschaft in voller Kenntnis der ihnen drohenden Gefahr befunden, als sie sich auf dies Schiff einer kriegführenden Partei begaben, auf welchem sie sich auf englischem Boden befanden; ihre Lage war dieselbe wie innerhalb der Mauern einer besetzten englischen Stadt. Was kann die Regierung der Vereinigten Staaten tun, wenn sich Staatsangehörige in einer belagerten

Stadt befinden und dort verlegt werden? Stone erklärte, der Fall des Dampfers „Gulfight“ sei viel schwieriger und ernsthafter als der der „Lusitania“.

Protestmeeting amerikanischer Bürger in Kanada.

Toronto, 11. Mai. (Z. U.) Die in Kanada wohnhaften amerikanischen Bürger haben am 9. Mai hier ein Protestmeeting abgehalten, gegen das durch eine angeblich zivilisierte Nation begangene, abscheulichste Verbrechen protestiert. Mehrere Redner erklärten, von den Vereinigten Staaten müßten jetzt Taten, nicht Reden verlangt werden. Das Meeting gab offen seinen Sympathien für die Alliierten Ausdruck und wünschte ihren Waffen Erfolg. Das Meeting empfahl dem Präsidenten Wilson, Maßnahmen zu treffen, um den Alliierten zu helfen und diesem schrecklichen Kriege ein Ende zu bereiten. Die Kopien der gefaßten Resolution wurden an Wilson und Bryan gesandt.

Exzesse gegen Deutsche in British-Columbien.

London, 11. Mai. (B. Z. V.) Das Reutersche Bureau meldet aus Victoria (British-Columbien): Ein Haufe von mehreren Hundert Leuten, geführt von Soldaten in Uniform stürmte den Deutschen Klub und das deutsche Hotel und demolierete das Mobiliar.

Darstellung des Kapitans der „Lusitania“.

Kingale, 11. Mai. (B. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureau. In der Untersuchung über die Versenkung der „Lusitania“ sagt Kapitän Turner aus: Als die gefährliche Zone erreicht wurde, wurden alle Boote zum Herablassen klar gemacht und alle Schotten geschlossen. Die Geschwindigkeit wurde wegen des Nebels auf 15 Knoten vermindert, dann aber allmählich wieder auf 18 Knoten erhöht. Es wurden drahtlose Telegramme empfangen, aber keine ausgehändigt. Plötzlich rief ein Offizier: Da ist ein Torpedo! Der Kapitän lief nach der Seite des Dampfers und sah noch das Maschinenband. Der Torpedo traf. Der Kapitän ordnete an, daß die Boote ausgelegt und Frauen und Kinder zuerst in Sicherheit gebracht wurden. Es wurde vergeblich versucht, die Schnelligkeit des Schiffes herabzumindern; es war gefährlich, die Boote herabzulassen, ehe die Geschwindigkeit verringert worden war. Das Schiff hatte noch Fahrt, als es zu sinken begann. Es blieb zwanzig Minuten lang flott. Zwei Leute waren am Auslug. Es entstand keine Panik. Der Kapitän erklärte zum Schluß, er habe genau seine Befehle befolgt und würde zum zweiten Male wieder so handeln.

Die Erfolge des U-Boots-Krieges.

Berlin, 11. Mai. (B. Z. V.) Verschiedene englische Pressestimmen haben vor kurzem behauptet, daß die Erfolge des Unterseebootskrieges an der englischen Westküste in letzter Zeit wesentlich nachgelassen hätten. Als Grund hierfür wird angeführt, unsere U-Boote würden zu Unternehmungen gegen die englische Flotte gebraucht, außerdem hätten sie sich als unfähig erwiesen, den Handelskrieg in so großer Entfernung von der Heimat zu führen. Auch weisen englische Blätter darauf hin, daß unsere U-Boote hauptsächlich neutrale Schiffe versenkten. Demgegenüber können wir auf Grund einer Mitteilung von maßgebender Seite feststellen, daß allein in der Zeit vom 28. April bis 5. Mai von einem U-Boot an der englischen Westküste 7 feindliche Dampfer versenkt worden sind, nämlich die englischen Dampfer „Robile“, „Cherbourg“, „Fulgent“, „Edale“ und „Rinterne“, der russische Dampfer „Sporonow“ und der französische Dampfer „Europe“.

Mit nicht geringerem Erfolge ist der U-Boots-Handelskrieg an der Ostküste fortgesetzt worden. Im ganzen sind in der Zeit vom 28. April bis 5. Mai 29 Dampfer und 3 Segelschiffe, mithin 32 Fahrzeuge versenkt worden.

Schiffwechsel zwischen russischen und deutschen Kreuzern.

Petersburg, 11. Mai. (B. Z. V.) Eine Abteilung von Kreuzern der Baltischen Flotte, die im südlichen Teil der Baltischen See auf der Höhe von Bindau kreuzte, taufte einige Schiffe auf große Entfernung mit einem feindlichen Kreuzer und Torpedoboote aus, die von ihrer größeren Schnelligkeit Gebrauch machten und einem Kampfe auswichen. Sie verschwanden in südlicher Richtung.

Es handelt sich um ein Zusammentreffen unserer zur Aufklärung vorgeschobenen leichten Streikräfte mit russischen Schiffen. Die Russen verschwanden in nördlicher Richtung.

Die italienische Krise. Neue Beratungen.

Rom, 11. Mai. (B. Z. V.) Die „Giornale d'Italia“ meldet, bereit Ministerpräsident Salandra heute vormittag mit dem König und darauf mit dem Minister des Innern Sonnino, der später den Fürsten Bülow empfing. „Giornale d'Italia“ warnt das Publikum vor den unläufigen Gerüchten, die einander aufs stärkste widersprechen und sehr hinzu: Es ist nicht wahr, daß der Ministerrat heute vormittag zusammentreten sollte, jedoch vertagt wurde. Daher sind auch die Meldungen über Entschlüsse erster Natur, über die der Ministerrat angeblich hätte beraten sollen, völlig unwahrscheinlich.

Demonstrationen bei der Reise Giolittis.

Rom, 11. Mai. (B. Z. V.) Giolitti wurde, als er Turin verließ, von Interventionisten mit demonstrativen Zurufen „Evviva la guerra“ begrüßt. Als sich bei der Ankunft in Rom ähnliche Demonstrationen in verstärkter Höhe unter Pfeifen und Rufen wiederholten, rief der frühere Ministerpräsident den Tumultuanten mit starker Stimme zu: Schreit nicht, es lebe der Krieg, ruft lieber: Es lebe Italien! Gestern vormittag ist Giolitti vom König empfangen worden und hat am Nachmittag eine Unterredung mit Salandra gehabt. Alle Blätter betonen angesichts der gegenwärtigen Krise die Notwendigkeit des Zusammenhaltens aller Parteien.

Maßregeln zum Schutz deutschen Besitzes.

Rom, 11. Mai. (B. Z. V.) Auf Grund der bereits gemeldeten Verfügung der Regierung an die Präfekten betreffend den Schutz der Fremden in Italien sind überall umfassende Maßregeln zum Schutz deutschen Besitzes getroffen worden.

Massenkundgebungen italienischer Arbeiter gegen den Krieg.

Die „Deutsche Kriegszeitung“ erhält folgende Meldung vom 10. Mai aus Mailand:

In den Industriorten Oberitaliens macht sich die Abreise der zahlreichen Deutschen, die als technische Leiter und Vorarbeiter in den Fabriken schwer ersetzlich sind, stark fühlbar. Nach dem „Avanti“ veranstalteten die einberufenen Reservisten bei ihrer Abfahrt von Cesena, Oneglia, Montagnana und Rimini Kundgebungen gegen den Krieg. In Montagnana durchschnitten die Demonstranten die Telegraphendrähte und durchzogen mit Fahnen und dem Ruf: „Nieder mit dem Krieg!“ die Stadt. Polizei und Kavallerie zerstreute sie. In Oneglia beteiligten sich viele tausend Personen an der Kundgebung. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die Verhafteten mußten aber, um größere Ausschreitungen zu vermeiden, wieder in Freiheit gesetzt und die Polizei zurückgezogen werden. Der „Avanti“ fährt fort, die Berichte über die große Kundgebung am 1. Mai in fast allen großen und kleinen Orten wider den Krieg zu veröffentlichen. „Avanti“ bemerkt aber, obgleich das Verzeichnis bereits Laufende von Ortshafte aufzähle, werde die Großartigkeit der Kundgebung von der übrigen Presse beharrlich totgeschwiegen, dagegen würde die interventionistische Kundgebung von Quarto als der Ausdruck der Meinung ganz Italiens ausgegeben.

Letzte Nachrichten.

Deutsche Flieger über England.

London, 11. Mai. (B. Z. V.) (Meldung des Reuterschen Bureau.) Das erste Anzeichen, daß sich feindliche Flieger über Westküste und Southend befanden, waren heftige Bombenexplosionen in den schlafenden Orten. Kurz darauf erscholl die Sirenen. Inzwischen waren schon mehrere Bomben auf Westküste niedergefallen. Die Militärpolizisten eilten auf ihre Posten und eine Menge von Menschen sammelte sich in den Straßen. Um vier Uhr hatte man bereits zwanzig Bomben gezählt, um acht Uhr achtzig. Sie wurden gesammelt und an eine Stelle gebracht, wo sie keinen Schaden anrichten konnten. Die Zeppelin-Linie flogen niedrig. Die Bevölkerung blieb ruhig und wollte vor allem die Luftfahrzeuge entdecken. Diese waren jedoch hinter dichten Wolkenbänken verborgen.

Zur Lage in Italien.

Zürich, 11. Mai. (Z. U.) Ein italienischer Journalist telegraphiert aus Mailand: Nach telephonischen Berichten aus Rom sei heute die Stimmung etwas optimistischer. Die Möglichkeit einer friedlichen Lösung hätte sich etwas gestärkt, die Hoffnungen der Freunde der Neutralität ruhen völlig auf Giolitti. Ueber diesen Politiker gehen heute alle möglichen Gerüchte um. Je nach der Leidenschaft der einen oder der anderen Partei wird er als Führer einer Versöhnung gegen das Kabinett, ja sogar als Landesverräter ausgegeben oder aber als der Retter Italiens, der das Land vor dem Sturz in einen Abgrund bewahren wolle. Eine gute Presse hatte Giolitti in den letzten Tagen nicht. Man warf ihm eine zweideutige Haltung vor und bestritt ihm förmlich das Recht, bei der Entschliebung Italiens mitzureden. In ruhigen italienischen Kreisen gesteht man indes zu, daß der Fall dieses hervorragenden italienischen Politikers unter allen Umständen gehört werden müsse. Heute morgen wurde Giolitti vom König empfangen. Die Unterredung dauerte nahezu eine Stunde. Im Hause Giolittis haben auch heute wieder zahlreiche Abgeordnete ihre Karten abgegeben. Morgen wird er wahrscheinlich mit dem Ministerpräsidenten Salandra beraten. Der Minister des Auswärtigen Sonnino empfing heute den Sekretär des Fürsten Bülow.

Mit Bezug auf die Verhandlungen mit dem Dreiverband wird berichtet: Tittoni habe, als er von Paris nach Rom gekommen sei, ein Protokoll mitgebracht, worin die Vereinbarungen zwischen Italien und dem Dreiverband aufgestellt waren und welches Tittoni unterschrieben nach Paris zurückbringen sollte. Ob es sich hier um einen eigentlichen Bündnisvertrag oder nur um bedingte Entscheidungen handelte, ist nicht bekannt.

Friedensgencigkeit in London.

Wien, 11. Mai. Die der „Politischen Korrespondenz“ aus Lissabon gemeldet wird, geht aus Äußerungen dort eingetroffener Persönlichkeiten hervor, daß in maßgebenden Kreisen der britischen Regierung ungewissheit Zeichen der Gencigkeit zu einem baldigen Friedensschluß an den Tag treten. Der Beweggrund liege darin, daß man davor zurückschrecke, für die Verdrängung des deutschen Heeres, sei es auch nur aus Frankreich, noch an Menschenleben und Geld Opfer zu bringen, deren Umfang voraussichtlich ganz riesig sein müsse. Hierzu komme noch die Befürchtung, daß ein eingelegter Pakt die Dardanellen eine sehr gefährliche Rüdmarierung auf Indien, wo die Lage trotz örtlicher Unruhen im allgemeinen leidlich sei, haben müsse. Auch habe der Sieg des österreichisch-ungarischen-deutschen Heeres in Westgalizien einen sehr tiefen Eindruck gemacht. (Abn. Bg.)

Eine Kritik der Dardanellenaktion.

London, 11. Mai. (B. Z. V.) Almond Bartlett, ein Korrespondent mehrerer Blätter, meldet über die Operationen an den Dardanellen: Wenn die Expedition fehlschlägt, so müssen wir uns mit gutem Anstand in das Inneermedische fügen. Wenn nicht enorme Verstärkungen auf dem westlichen Kriegsschauplatz entbehrt werden können, so muß Konstantinopel vom Schwarzen Meer aus durch eine in Thrakien landende russische Armee erobert werden. Wir müssen dann zugeben, daß die Aufgabe über unsere Kräfte ging, und sie anderen überlassen, oder nur dann wieder loschlagen, wenn die Russen am Bosphorus mit uns gleichzeitig operieren können. Die Aufgabe enthält von jedem Gesichtspunkte aus ungeheure Schwierigkeiten. Eine Ueberziehung der von deutschen Offizieren geführten Türken ist undenkbar.

Antimonarchistische Demonstrationen in Portugal.

Paris, 11. Mai. (B. Z. V.) Der „Matin“ meldet aus Lissabon: Bei der Ankunft einiger monarchistisch gestimmter Redner in Coimbra, welche der Eröffnungsfeier des monarchistischen Klubs beiwohnen wollten, kam es zu erregten Kundgebungen. Nach der Eröffnungsfeier wiederholten sich die Kundgebungen gegen die Monarchisten, die in Automobilen saßen. Durch Steinwürfe wurden mehrere Monarchisten verletzt. Die Polizei und Militär zerstreuten die Manifestanten und stellten die Ordnung wieder her.

Die Hinterbliebenenversorgung vor der Budgetkommission.

Zu Beginn der Sitzung der Budgetkommission sprach ein Vertreter der Militärverwaltung vertrauliche Mitteilungen über den mutmaßlichen Umfang der durch den Krieg entstandenen Schäden. Staatssekretär Dr. Helfferich beipflichtet zunächst die Anträge, die zur Versorgung der Invaliden und der Hinterbliebenen gestellt sind. Die Regierung will in weitestgehendem Maße helfen, die Zeit ist aber noch nicht dazu angetan, jetzt schon eine Vorlage zu machen. Wenn die Ansprüche geordnet normiert werden, dann muß auch gleich die Frage der Deckung erledigt werden. Die Regierung stimmt aber grundsätzlich zu, daß das Arbeitseinkommen berücksichtigt werden soll.

Abg. Hoch bedauert, daß die Regierung nicht über verbindliche Worte hinausgekommen ist. Die Kommission hat ausdrücklich erklärt, daß die Regelung der Pensionansprüche jetzt vorgenommen werden solle. Man kann doch nicht die Versorgung der Familien hinausschieben, bis die finanzielle Frage entschieden ist. Welche Hilfe ist notwendig. Den Grundgedanke: Keine Ausgabe ohne Deckung muß man anerkennen, warum will man nun dieses Prinzip, das man sonst nicht beachtet hat, gerade hier anwenden? Man muß den Hinterbliebenen geistlich festgelegte Ansprüche bieten, nicht aber sie auf den Weg der Unterstützung verweisen. Bis nach dem Kriege darf die Regelung dieser wichtigen Frage unter keinen Umständen verschoben werden.

Staatssekretär Dr. Helfferich wendet sich gegen die Bemerkung Hochs, daß die Regierung wieder mit leeren Händen gekommen sei. Er habe diesmal die Versicherung gebracht, daß das Arbeitseinkommen berücksichtigt werden solle. Bestimmte Festsetzungen können jetzt nicht getroffen werden; man muß erst abwarten, wie Deutschland nach dem Kriege aussieht. Was das Reich jetzt an Unterstützung gibt, trägt nicht den Charakter der Armenunterstützung.

Abg. Ortolf erwidert ein großes Entgegenkommen der Regierung darin, daß sie prinzipiell geneigt ist, das Arbeitseinkommen bei der Bemessung der Renten zu berücksichtigen. Immerhin müßte die Kommission den Auftrag des Reichstages erfüllen und die vorliegenden Anträge beraten. Er begründet den gemeinsamen Antrag der Sozialdemokraten und Nationalliberalen, der Abänderung des Gesetzes vom 17. Mai 1907 fordert. Die Fürsorge soll neben den ehelichen auch die legitimierte Kinder umfassen. Das jetzt geltende Versorgungsgesetz soll in folgender Weise abgeändert werden: § 27b. Die erweiterte Kriegsversorgung wird nach Maßgabe des Arbeitseinkommens berechnet, das der Verstorbene im letzten Jahre vor seinem Eintritt in die Kriegsdienste gehabt hat. Als Arbeitseinkommen gilt derjenige Teil des Gesamteinkommens des Verstorbenen, um den sich das Gesamteinkommen durch den Wegfall der Tätigkeit des Verstorbenen vermindert hat.

§ 27c. Von dem festgestellten Arbeitseinkommen werden fünf- und vierzig Prozent als fingiertes Ruhegehalt des Verstorbenen am Tage seines Todes angenommen, nach dem das erweiterte Kriegswitwen- und Kriegswaisengeld berechnet wird. § 27d. Das erweiterte Kriegswitwengeld beträgt vierzig Prozent des fingierten Ruhegehalts des Verstorbenen, das Kriegswaisengeld beträgt für jede vaterlose Waise zwei Fünftel des der Witwe zustehenden Waisengeldes. § 27e. Elternlose Waisen erhalten zwei Drittel des erweiterten Waisengeldes als erweitertes Kriegswaisengeld. § 27f. Das erweiterte Kriegswitwen- und Kriegswaisengeld darf zusammen nicht höher als das festgestellte Ruhegehalt (§ 27e) des Verstorbenen sein und jedenfalls zusammen nicht mehr als zweitausendhundert Mark betragen. Das Gesamteinkommen der Witwe und der zu ihrem Haushalt gehörigen Kinder darf sechsundert Mark jährlich nicht übersteigen. Soweit diese Grenzbeträge überschritten werden, findet eine Kürzung und entsprechend der Wegfall der Bezüge an Witwen- und Waisengeld statt.

§ 27h. Die Feststellung des Arbeitseinkommens erfolgt unter Aufsicht des Reiches im Beschlußverfahren der Landesverwaltungsbehörden und nach der Landesgesetzgebung ein solches Beschlußverfahren nicht besteht, im Verfahren der §§ 20, 21 der Gewerbeordnung. Die näheren Bestimmungen über das Verfahren werden durch landesherrliche Verordnung erlassen.

§ 27i. Inwieweit die Versorgung der Hinterbliebenen auf Grund einer anderen Gesetzesvorschrift für sie günstiger ist, behält es dabei sein Bewenden. Eine Anrechnung von Renten, die den Hinterbliebenen auf Grund öffentlichen Rechts zustehen, auf das erweiterte Witwen- und Waisengeld findet nur gemäß § 27h dieses Gesetzes statt.

§ 27k. Sofern sich die Witwe wieder verheiratet, erhält sie als Abfindung den fünffachen Betrag des erweiterten Waisengeldes. § 27l. Die Vorschriften der §§ 27a bis 27k finden auf die Angehörigen der Marine und der Kaiserlichen Schutztruppen entsprechende Anwendung. Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft und findet auf alle durch den gegenwärtigen Krieg veranlaßten Fälle Anwendung.

Dieser Antrag, der das Produkt der gemeinsamen Beratungen des Reichstages und des Bundes der Landwirte darstellt, bildet nunmehr die Grundlage für die weiteren Beratungen. Außerdem fanden mit zur Erörterung folgende sozialdemokratische Anträge: Im Militärhinterbliebenengesetz als § 16a einzufügen:

Wenn sich eine bezugsberechtigte Witwe wieder verheiratet, erhält sie als Abfindung den dreifachen Betrag des Waisengeldes. In § 19 an Stelle des Wortes „Feldheere“ zu setzen: „Heere“; ferner die Worte „der auf dem Kriegsschauplatz verwendeten Personen“ zu streichen und als Ziffer 3 hinzuzufügen:

3. Während des Krieges durch Unfall zu Tode gekommen oder infolge einer Dienstbeschädigung gestorben sind.

Nach § 23 folgenden § 23a einzufügen:

Hat der Verstorbene Einkommen aus Arbeit gehabt, so müssen die nach diesem Gesetz zu gewährenden Bezüge für die Witwe mindestens 40 Proz., für jede Halbwaise mindestens 30 Proz., für jede Halbwaise, für die Eltern, Großeltern mindestens je 20 Proz. des Arbeitseinkommens betragen.

Die Erhöhung ist nur so weit zulässig, daß die nach diesem Gesetz zu gewährenden Bezüge für alle Hinterbliebenen eines Kriegsteilnehmers zusammen 75 Proz. des Arbeitseinkommens sowie den Betrag von 2400 M. für das Jahr nicht übersteigen. Außerdem ist die Erhöhung nur so weit zulässig, daß das Gesamteinkommen der Witwe und der zu ihrem Haushalt gehörigen Kinder nicht mehr als 5000 M. jährlich beträgt. Hiernach eine Verminderung der Zuschüsse notwendig, so muß sie für alle Bezugsberechtigten in gleichem Verhältnis erfolgen.

Den § 27a des Antrages Westarp wie folgt zu fassen:

Die Witwen und die ehelichen oder legitimierte Kinder und die Verwandten der aufsteigenden Linie der in § 19 genannten Personen haben Anspruch auf die erweiterte Kriegsversorgung nach Maßgabe der folgenden §§ 27a bis 27l.

Ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten verlangt, den § 22 Abs. 1 des Militärhinterbliebenengesetzes wie folgt zu fassen:

Den Verwandten der aufsteigenden Linie der in § 19 erwähnten Personen ist unter den dort bestimmten Voraussetzungen für die Dauer der Bedürftigkeit ein Kriegsteilnehmers zu gewähren, wenn der verstorbene Kriegsteilnehmer sie vor seinem Diensttode wesentlich aus seinem Arbeitsverdienst unterhalten hat oder ein solches Unterhaltungsbedürfnis später hervortritt. Da Zentrum beantragte, den § 27h im Antrag Westarp wie folgt zu fassen:

Die erweiterte Kriegsversorgung wird nach Maßgabe des Vermögensnachlasses berechnet, der durch den Tod des Verstorbenen eingetreten ist.

In der Diskussion führte Abg. Bauer (Soz.) aus: Nach § 27a des Antrages Westarp sollen die Angehörigen der Kriegsteilnehmer, die ihre aktive Dienstpflicht erfüllen, von der erweiterten Kriegsversorgung ausgeschlossen werden. Dazu liegt keine begründete Veranlassung vor. Wir werden deshalb beantragen, alle Kriegsteilnehmer gleichzustellen. Notwendig ist auch eine Feststellung im Gesetz, daß die Hinterbliebenen der Armierungsarbeiter die gleiche Versorgung zu beantragen haben. Der Antrag Westarp will neben den Witwen nur die ehelichen oder legitimierte Kinder als versorgungsberechtigt anerkennen. Demgegenüber beantragen wir, daß auch die unehelichen Kinder den gleichen Anspruch haben, sofern die Unterhaltspflicht des Vaters festgestellt wird. An Verwandte aufsteigender Linie konnte bisher für die Dauer der Bedürftigkeit ein Kriegsteilnehmers gezahlt werden. Diese in das Verbleiben der Militärbehörde gestellte Leistung muß in eine Pflichtleistung verwandelt werden. Ferner muß der Rentenanspruch der Eltern jetzt auch für den Fall sichergestellt werden, daß ein Unterhaltungsbedürfnis der Eltern erst später hervortritt.

Abg. Graf Westarp vertritt die Ansicht, daß bei der Bemessung der Rente der unehelichen Kinder das Einkommen des Vaters nicht zur Grundlage dienen kann.

General v. Langermann weist mit, daß die Verhältnisse der Armierungsarbeiter demnächst hergestellt werden.

Abg. Hoch weist nach, daß es unmöglich sei, die aktive Mannschaft von der erweiterten Kriegsversorgung auszuschließen. Alle, die in der Tätigkeit für die Kriegführung ihr Leben oder ihre Arbeitsfähigkeit eingebüßt haben, müssen die erhöhte Entschädigung beziehen, also auch die, die im Garnisonsdienst oder bei Armierungsarbeiten getötet oder verwundet wurden. Ferner begründet General Hoch eingehend, daß nicht nur diejenigen Eltern und Großeltern entschädigt werden, die von den gefallenen oder arbeitsunfähig gewordenen Kriegsteilnehmern bereits unterhalten worden sind, sondern auch diejenigen, bei denen erst später, also nach dem Kriege, das Unterhaltungsbedürfnis hervortritt.

General v. Langermann erklärt, daß Landsturmlaute, die als Armierungsarbeiter beschäftigt werden, der allgemeinen Versorgung unterliegen.

Abg. Bauer (Soz.) macht darauf aufmerksam, daß man die Gewährung einer Rente nicht an die Voraussetzung knüpfen dürfe, daß der Gefallene tatsächlich für seine Familie gesorgt hat, denn es kann sehr wohl angenommen werden, daß er später dazu gezwungen worden wäre.

Abg. Giesberts (Z.) fragt an, wie es mit der Versicherungspflicht jener Armierungsarbeiter steht, die nicht Soldaten sind.

General v. Langermann nimmt an, daß die Leute versichert sind.

Abg. Bauer (Soz.): Zahlreiche Arbeiter werden von der Heeresverwaltung beschäftigt. Im Inland sind diese Leute den Krankenversicherungen zugehörig. In den zerstörten Gebieten Ostpreußens sind aber solche Klassen nicht überall vorhanden. Im Ausland natürlich erst recht nicht. Auch die Unfallversicherung liefert nichts für Schäden, die im Ausland entstehen.

Abg. Molkenbuhre verweist auf die Tatsache, daß Angehörige keine Unterstützung bekämen, weil der Ernährer nicht zur Reserve überschrieben werden konnte. Das trifft namentlich auch Leute, die ihre Dienstzeit hinausgeschoben haben und natürlich nicht mit der Möglichkeit eines Krieges gerechnet haben. Diese Härte muß beseitigt werden.

Abg. Gröber (Z.): Entscheidend soll sein die wirtschaftliche Bedeutung des Verstorbenen. Dann darf man aber nicht bloß das Arbeitseinkommen berücksichtigen. Das trifft besonders die geistigen Arbeiter, die bis jetzt noch kein oder ein geringes Einkommen bezogen haben, aber die Gewißheit hatten, bald ein hohes Einkommen zu beziehen.

Abg. Meyer-Görfer (nall.) findet diesen Gedanken sehr sympathisch, befürchtet aber die Höhe der Kosten. Vielleicht ließe es sich erreichen durch Zuschüssen.

Staatssekretär Dr. Helfferich will zu den vorliegenden Anträgen keine Stellung nehmen. Die Debatte habe die großen Schwierigkeiten gezeigt, die sich bei dieser Sache ergeben. Der Vorschlag Gröbers ruft Bedenken hervor.

Abg. Hoch verkennt diese Schwierigkeiten nicht, aber sie müssen und können überwunden werden. Zu allgemein darf die Fassung des Gesetzes nicht sein, sonst läßt man den ausführenden Behörden zu viel Spielraum.

Abg. Gröber empfiehlt die Annahme einer Resolution, die der Regierung die gewünschten Direktiven gibt. Allerdings müßte die Regierung erklären, daß sie das darin niedergelegte Ziel billige.

Staatssekretär Dr. Helfferich begrüßt diesen Gedanken, betont aber, daß er sich auf Einzelheiten nicht festlegen könne. Sofort nach Friedensschluß werde die Regierung dann eine Vorlage machen, die den Wünschen des Reichstages möglichst Rechnung trägt.

Abg. Behrens (Wirtschaftl. Vereinigung) empfiehlt diesen Weg, schon deshalb, weil auch die Verhältnisse der Arbeiter ganz verschiedenartig liegen, so daß sie jetzt unmöglich in ihrem vollen Umfange erfaßt werden können. Eine Ungerechtigkeit würde schon darin liegen, daß einer Beamtenwitwe ihre Bezüge aus der Zivilversorgung nicht angerechnet werden, wogegen einer Bergarbeiterwitwe die Bezüge aus der Knappschaftskasse angerechnet werden müssen.

Abg. Graf Westarp: Die Dringlichkeit ist deshalb geboten, weil so rasch als möglich für die Witwen gesorgt werden muß, denn diese müssen sich bereits jetzt auf ihre kommenden sozialen Verhältnisse einrichten. Mit Rücksicht darauf, daß die Regierung schon jetzt in weitgehendem Maße helfen wollte, halte er den vom Abg. Gröber vorgeschlagenen Weg für gangbar.

Abg. Hoch bezweifelt nicht den Wert der Regierungserklärung. Wenn nun aber in neun Monaten nichts geschehen ist, wie will man dann sofort nach dem Kriege ein Gesetz vorlegen? In wie vielen Fällen sind bereits höhere Renten bewilligt worden? Wo sind die Richtlinien für diese Bewilligungen? Ferner ersucht, der Kommission mitzuteilen. Wenn der Reichstag fest bleibt, muß die Regierung nachgeben. Mindestens muß der Reichstag die Grundzüge aufstellen, die im Gesetz berücksichtigt werden müssen. Unter diesen Umständen könnte man der Regierung entgegenkommen. Die Regierung muß aber erklären, daß sie diese Richtlinien für sich als bindend anerkennt. Was aber dringend nötig ist, das ist sofortige Hilfe.

Staatssekretär Dr. Helfferich antwortet, daß man sich in den Kreisen der Regierung sehr eingehend mit diesen Fragen beschäftigt habe, zu detaillierten Angaben habe man aber noch nicht kommen können. Die Wünsche des Reichstages sollen berücksichtigt werden. An dem ehrlichen Willen der Regierung, bitte er, nicht zu zweifeln. Bestimmte Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen könnten nicht aufgestellt werden. Die Anträge sind an die Militärverwaltung zu richten.

Abg. Gröber teilt das Verlangen des Abg. Hoch, daß sofort etwas geschehen müsse. Die Empfänger sollen wissen, daß sie einen Rechtsanspruch auf Versorgung haben. Die Zusicherungen des Staatssekretärs genügen nicht, es darf nicht bloß das tatsächliche Einkommen in Betracht gezogen werden, sondern auch das vermuthliche künftige. Wo eine Härte vorliege, solle die Militärverwaltung nicht erst einen Antrag abwarten, sondern sofort ex officio eingreifen.

Staatssekretär Dr. Helfferich äußert sich in entgegenkommendem Sinne, indem er verspricht, daß die Regierung den Anregungen Gröbers nothetret werden. Bei der Gewährung von Zuschüssen müsse an der Stellung eines Antragstellers festgehalten werden.

Abg. Koste erkennt die gute Absicht des Staatssekretärs an, die Militärverwaltung scheint aber auf dem berregten Gebiet noch recht wenig getan zu haben. Biele ist bis jetzt an solchen Entschädigungen bezahlt worden? Die Kommunen sind heute geradezu überlastet. Dem Kriegsministerium ist zu empfehlen, rasch und in liberalster Weise zu handeln.

Abg. Molkenbuhre nimmt an, daß es an der Bürokratie liege, wenn bis jetzt nicht mehr Unterstützungen bezahlt wurden. Die Behörden müßten angewiesen werden, rascher zu arbeiten. Jede Behörde müßte verpflichtet werden, Anträge sofort an die richtige Stelle zu leiten.

Damit war die Debatte erschöpft, die Abstimmung und die Beratung der anderen Anträge wurden auf Mittwoch vertagt.

Politische Uebersicht.

Dernburgs Kriegsziel und seine Kritiker.

Die von uns mitgeteilten Äußerungen Dernburgs in Amerika erregen den lebhaften Unwillen der rechtsstehenden Presse. Die „Deutsche Tageszeitung“ erläutert Dernburgs Kriegsziel ungefähr zutreffend dahin: „Herr Dernburg will gegen einen deutsch-belgischen Handelsvertrag oder ähnliches, Belgien nicht nur militärisch und politisch wieder herstellen, und wieder unter den Einfluß unserer Feinde gelangen lassen, sondern auch „beim Wiederaufbau des Landes beistehend sein“. Außerdem will Herr Dernburg eine „garantierte freie See“, Neutralisierung „aller Meere und Meerengen durch ein gemeinsames und wirksames, von allen Mächten garantiertes Abkommen“. Alle überseeischen Inseln sollen „in gemeinsamen Besitz der interessierten Nationen“ sein und ein überseeisches Weltpostsystem durch „gemeinsame Zustimmung“ geschaffen werden.“ Das nennen die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Post“ unsinnige Phantastereien. Gewiß sind Dernburgs Äußerungen, wenn man nur den Wortlaut nimmt, nicht gerade sehr klar. Aber aus den alldeutschen Kreisen, denen die beiden Blätter zu sehr nahe stehen, haben wir zwar nicht den Wortlaut, aber an der Wirklichkeit gemessen, viel unsinnigere Phantastereien gehört. Die ausländische Presse hat sich denn auch nicht an die einzelnen Worte geklammert, sondern die Rede Dernburgs als politische Tatsache gewertet, nämlich ein Symptom, daß nicht überall in Deutschland jene großsprecherischen Eroberungspläne vorherrichen.

Reichsbeihilfe für die Kriegsinvalidenfürsorge.

Wie eine Korrespondenz meldet, hat der Bundesrat in seiner letzten Sitzung einen Beschluß gefaßt über die Gewährung eines Reichszuschusses für die Kriegsinvalidenfürsorge in Höhe von fünf Millionen Mark. Durch den Nachtrag zum Reichsetat für 1914 wurden zweihundert Millionen Mark für Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege zur Verfügung gestellt. Von diesem Betrag sollen nunmehr fünf Millionen zur Unterstützung der Verbände verwendet werden, die die Durchführung der Kriegsinvalidenfürsorge übernommen haben. Die Verteilung der Summe auf die einzelnen Bundesstaaten geschieht nach dem Maßstab der Matrinalbeiträge. In Preußen sind die Provinzen die Träger dieser Fürsorge, in anderen größeren Bundesstaaten die entsprechenden Verwaltungsbezirke und in kleineren Bundesstaaten ist eine einheitliche Organisation für das ganze Gebiet geschaffen. Für die Verwendung des Reichszuschusses sind vom Bundesrat Grundsätze aufgestellt, die demnächst veröffentlicht werden.

Zentralstelle für soziale Kriegsfürsorge.

Die Vertreter der bürgerlichen Parteien haben in der Budgetkommission einen Antrag eingebracht, den Reichsanwalt zu ersuchen, unverzüglich eine Zentralstelle für soziale Kriegsfürsorge einzurichten und die dadurch entstehenden Kosten in einem Nachtragsetat anzufordern. Bei der Organisation seien folgende Grundzüge anzunehmen: 1. Die Zentralstelle setzt sich zusammen a) aus amtlichen Mitgliedern, von welchen eines die Leitung derselben hat, b) aus Vertretern der in Betracht kommenden Reichsämter und bundesstaatlichen Ministerien, c) aus Mitgliedern des Reichstages und anderen auf sozialem Gebiete besonders bewährten Männern und Frauen, deren Ernennung dem Herrn Reichsanwalt zusteht. 2. Die Zentralstelle hat die Aufgabe, die Berufsberatung, Berufsvorbereitung und Arbeitsvermittlung der Kriegsinvaliden, der Kriegswitwen und -Waisen zu organisieren und zu leiten. 3. Sie hat sich zu diesem Zweck zunächst der bestehenden Organisationen im Reich zu bedienen.

Landtagswahlwahl.

Bei der Landtagswahlwahl im 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreis (Eckernförde) wurde Henneberg-Hohenholm (kons.) für Graf Reventlow gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Einstellung der vermehrten Schweineabschlachtungen.

Auf Grund der Schweinezählung vom 15. April glaubt die Regierung zur Annahme berechtigt zu sein, daß die Gefahr einer Verfallterung von Kartoffeln beboben oder wenigstens stark herabgemindert sei. Der Reichsanwalt hat daher die Bundesratsverordnung, durch die den Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern die Verpflichtung zum Ankauf und zur Verarbeitung von Schweinen auferlegt wurde, wieder aufgehoben. Man hofft, daß jetzt auch wieder die Schweinepreise heruntergehen.

Zur Kartoffelversorgung.

Die Erhöhung der Versorgungsgrenze für Kartoffelverbraucher wünscht der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen in einer Eingabe an den Bundesrat. Nach bisherigen Veröffentlichungen der „Reichsstelle für Kartoffelversorgung“ sind als Einkommenssteuerbefreiung für die mit billigeren Kartoffeln zu versorgende „minderbemittelte Bevölkerung“ 2400 M. in Aussicht genommen. Die Verhandlungen mit dem Königreich Sachsen, wo man gar nur 1900 M. zugestehen will, sind noch im Gange. Der Kriegsausschuß schlägt nun die Einbeziehung der Personen mit einem Einkommen bis zu 3000 M. in die öffentliche Kartoffelversorgung vor. Dadurch würden etwa 3 Proz. der Gesamtbevölkerung mehr berücksichtigt werden. Nach Ansicht des Ausschusses sind auch die Einkommenssteuerbefreiungen von 2400 bis 3000 M. bei der seit Kriegsbeginn bestehenden, auch in der amtlichen „Statistischen Korrespondenz“ gegebenen enormen Verteuerung der notwendigen Nahrungsmittel nicht besser, wenn nicht vielfach schlechter gestellt als die tieferen Stufen. Denn gerade bei diesen Privatangehörigen, Beamten- und ähnlichen Kreisen spielen die aus allerhand Rücksichten

nun einmal festliegenden hohen Ausgaben für Riese, Kleidung usw. im Haushaltsbudget eine so große Rolle, daß eine Mehrausgabe für Kartoffeln, wie sie nach den amtlich zugelassenen Zuschlägen zum Höchstpreise (bis zu 4 M.) notwendig wäre, unmöglich wird, es sei denn durch eine Einschränkung des Konsums überhaupt, die gleichzeitig die Gefahr der Unterernährung in sich schließt. Für den Fall, daß der Teil der Bevölkerung mit mehr als 3000 M. Einkommen eine besondere Behandlung in der Kartoffelfrage nicht mehr rechtfertigen würde, schlägt der Kriegsanschluß den Fortfall jeder Einkommensgrenze vor.

Verurteilung.

Kopenhagen, 11. Mai. (W. T. V.) Der Schriftsteller Dr. Wich Maudsen war wegen Veröffentlichung der Schrift „Dänemark während des Weltkriegs“ angeklagt, weil er darin die dänischen Verteidigungsmassnahmen als gegen die Neutralitätspflichtigen Dänemarks verstoßend, verurteilt. Der Gerichtshof sah die Schrift als geeignet an, eine Einmischung einer fremden Macht in dänische Staatsangelegenheiten hervorzuheben und verurteilte Maudsen zu drei Monaten Gefängnis sowie zur Konfiszierung der Schrift und zu den Kosten des Verfahrens.

Fortritte des Merkantilismus in Frankreich.

Uns wird aus Amsterdam geschrieben: Daß die Merkantile Propaganda in Frankreich — und besonders in der Armee — große Fortschritte macht, darüber sind die Augenzeugen ohne Unterschied ihrer politischen Stellung eines Sinnes. Der Unterschied besteht nur in der Art, wie sie sich zu dieser Tatsache stellen. Der Pariser Berichterstatter des Rotterdamer Merkantils „Maasbodem“ berichtet eine Reihe von Details, die den Erfolg der Merkantilen Werbearbeit illustrieren. Einer seiner Gewährsmänner ist Herr Georges Gohau, der Verfasser eines bedeutenden Werkes über den deutschen Kulturkampf und neuesten einer Propagandaschrift über den „deutschen Krieg und den Katholizismus“. Herr Gohau erwartet von dem Wiederaufleben des Glaubens unter den Soldaten an der Front eine dauernde Wirkung auf den Volksgeist nach dem Krieg. Schon im Dezember 1914 hat ein römischer Kardinal zu dem bekannten katholischen Gelehrten Mgr. Vandriessart gesagt: „Ihr Heer ist das gottesfürchtigste von ganz Europa und viellecht das von allen Heeren im Laufe der Weltgeschichte.“ Das mag nun freilich etwas übertrieben ausgedrückt sein, aber aus einer Reihe von Briefen von Geistlichen, die der niederländische Journalist einem Artikel des Kononikus Erdant entnimmt, geht in der Tat hervor, daß in den Kampfgräben die katholische Werbearbeit manchen Erfolg erzielt, wobei freilich ein mehr oder minder sanfter Druck, den die zum großen Teil dem freireligiösen Merkantilismus anhängenden Offiziere auf die Mannschaften ausüben, das seine beitragen mag. So berichtet ein Priester: „Das Fest der unbesiegtten Empfängnis war prächtig. Ich habe in den Schlengraben den Soldaten die heilige Kommunion gebracht. In jeder Kompanie ging der Hauptmann vor mir und rief: Hier kommt das heilige Sakrament! Diejenigen, die es empfangen wollen, mögen vortreten!“ Tatsächlich darf man übrigens sagen, daß die Regierung selbst in der Stille des Burgfriedens dem Grundfay der Trennung von Kirche und Staat den Abchied gegeben hat. Im Bericht eines Kononikus Coupet heißt es: „Neber 300 Geistliche sind als Seelsorger tätig, darunter die offiziell von der Regierung angeordneten wie die freiwilligen. Sie sind ausschließlich mit der Seelsorge betraut. Doch wird ihnen in dieser umfangreichen Aufgabe große Hilfe von den 20000 mobilisierten Priestern geleistet, die beim Roten Kreuz, bei der Intendantur oder der Administration eingeteilt sind. Diese sind in fortwährender täglicher Berührung mit den Soldaten und können, wie sich gezeigt hat, einen außergewöhnlich guten Einfluß auf den allgemeinen Geist und auf jede einzelne Seele ausüben. Dazu kommen noch die zu den Jahrgängen 1905, 1906 usw. gehörenden Priester, die mit den Waffen in der Hand fechten müssen.“

Man sieht also, wie mitten in dem Kriege, worin Frankreich, wie offizielle und inoffizielle Redner und Schreiber sagen, als Streiter für die Prinzipien der großen Revolution auftritt, ein großartig organisierter Krieg eben gegen diese Prinzipien still geführt wird. Es gibt aber in Frankreich — wie anderswo — ausdauernde Missionisten, die daran festhalten, daß der Krieg die Saat der Freiheit für die europäischen Volksmassen zur Reife bringen werde.

Frauen aller Länder.

Die Mainnummer des „Labour Leader“ ist ein einziger großer Friedensaufruf an die englischen Arbeiter, aber auch führende Frauen der englischen Arbeiterbewegung und Frauenbewegung sprechen in ihr zu den Schwestern in den kriegführenden Ländern. Neben dem Ehepaar Snowden und Sidney und Beatrice Webb sind es vor allen Margaret Bondfield, Mitglied des Nationalrats der Unabhängigen Arbeiterpartei, Mrs. S. M. Swanwick, Katherine Bruce Glasier, Mrs. Despard, Isabella D. Ford und andere, die zu den Frauen sprechen.

Margaret Bondfield versichert, daß weder der Schrecken des Krieges, noch die Verwüstung, die er in die verschiedenen Länder hineingetragen habe, sie in ihrem „Glauben . . . an den Sieg der Liebe über den Haß und an die Aufrichtung des „Frieden auf Erden!“ erschüttern können.“

Mrs. S. M. Swanwick, eine Deutsche von Geburt, ruft den Deutschen ins Gedächtnis, was sie unter dem Kriege zu leiden haben, und ruft dann:

„Kriege entstehen durch die Trägheit der Masse der Männer, die nicht denken, nicht organisieren und nicht darauf bestehen, der Politik der Nation die Richtung zu geben, und durch die Untätigkeit der Frauen, die nicht denken, nicht organisieren und nicht darauf dringen, ihre Freiheit von den Männern zu erhalten. Wenn wir ehrlich den Frieden wollen, müssen wir „Frieden machen“ mit all der Leidenschaft und dem Mut, mit dem wir „Krieg machen“. Etwas von dieser Leidenschaft und diesem Mut können die Frauen dazu geben.“

Katherine Bruce Glasier mahnt angesichts der Leiden, die der Krieg den Frauen in den vom Feind besetzten Ländern auferlegt, die Frauen an ihre Pflichten:

„. . . laßt uns unseren ehrerbietigen Gruß den heimatlosen, verzweifelten Schwestern all der Länder senden, in denen dieser Krieg jetzt tobt, und uns verpflichten, daß wir nicht rasten wollen, nicht nur bis ihre Heimat ihnen wieder in ehrenvoller Sicherheit zurückgegeben ist, sondern bis alle Heime Europas unter dem Banner des Allgemeinwohl sicher geworden sind.“

Die greise Mrs. Despard, eine der ersten Vorkämpferinnen für das Frauenwahlrecht in England, sendet den Frauen ihren Maigruf:

„. . . Einige von euch sagen: „Sprich nicht von Maigruf zu uns. Das Licht und der Glanz unserer Hoffnung ist vergangen. Sorge und Scham haben uns erfaßt.“

Mann ich euch nicht versichern? Wir Frauen sind nicht Kämpfer, und man heißt uns zu schweigen; aber das Schwert durchdringt auch unsere Herzen und mit den Wunden kommt die Offenbarung. Wir wagen es euch zu sagen — ich, zu der so viele Frauen mit ihren Sorgen gekommen sind — sage den Arbeitern von Großbritannien und Irland, von Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Frankreich, Rußland und Belgien: der Geist des Internationalismus, der sich vom Patriotismus zu Patriotismus ausbreitet, bis die ganze Welt unser Land ist, ist nicht tot. Belebt ihn mit der feurigen Verneinung des Hasses, mit der Sympathie für alle, die in jedem Lande leiden, mit dem stets gegenwärtigen Bedenken an die menschliche Solidarität (jener großen alten Wahrheit, die noch immer nicht im menschlichen Leben verwirrt worden ist) und durch Mittel, die noch nicht vorgekehrt sind . . . wird dieser Geist die Stärke gewonnen haben, die nötig ist, um ihn zu einer Macht in der Welt zu machen. Er könnte diesen Krieg nicht beenden. Er kann, wenn ihr klug und stark seid, eine europäische Politik schaffen, in der Liebe und nicht Haß, Vertrauen und nicht gegenseitiges Mißtrauen die bewegenden Kräfte sein werden.

Das ist meine Botschaft. Das ist mein Maigruf. Mrs. Despard ist die Schwester des britischen Generals French. Wie groß muß ihre Liebe zu den Frauen und zu den Arbeiterinnen aller Länder sein, wenn sie so zu ihnen sprechen kann!

Isabella N. Ford endlich wendet sich gegen den falschen Patriotismus, . . . den Patriotismus, der sagt: „mein Land, ob recht oder unrecht“:

„Die Arbeiter und Frauen kämpfen um das neue Leben, das nun allein unsere Hoffnung und unsere Rettung und das Ziel aller wahren Zivilisation ist. Wenn wir nicht international werden in unserer Arbeit für den Sozialismus, die Frauenbewegung und alles andere, wird unsere Arbeit umsonst sein. Ich spreche besonders zu den deutschen und österreichischen Kameraden — zu den deutschen und österreichischen Frauen, weil es für uns britische Frauen eine bittere Enttäuschung ist, daß wir durch Maßnahmen der englischen Regierung verhindert sind, sie auf der Haager Konferenz zu treffen. Wir wünschten ihnen zu sagen, wie wir als Frauen alle zusammenstehen müssen und zusammenstehen. Wenn die Frauen der Welt einzig zusammenstehen in dem Verlangen, daß die Nationen mit einander verhandeln sollen, anstatt sich gegenseitig zu bekämpfen, dann wird der Krieg aufhören.“

Zu den Männern dieser Nation spreche ich, weil in meinen Ohren noch die wundervolle Rede klingt und immer in ihnen klingen wird, die ich in Berlin im Jahre 1900 auf dem Internationalen Textilarbeiterkongreß von dem verstorbenen Liebknecht hörte. Er sprach von der Brüderlichkeit der Arbeiter, die allein, so sagte er, eine neue und große Nation aufbauen könne, eine Nation, die alle Rassen umschließen und über alle Länder verbreitet sein wird.“

Die deutschen Arbeiterinnen werden die Worte der englischen Frauen mit Freude in sich aufnehmen, und sie werden ebenso wie ihre britischen Schwestern bereit sein, alles daran zu setzen, um ihre Ideale, die die gleichen sind, wie die der Arbeiterinnen der anderen Länder, zu verwirklichen.

Ranghe der Frauen, die im „Labour Leader“ zum Wort gekommen sind, gehören der bürgerlichen Frauenstimmrechtsbewegung in England an. Von deutschen Frauenstimmrechtlerinnen sind es leider nur ganz wenige des äußersten linken Flügels, die gleiche Auffassungen vertreten und den Mut haben, sich zu ihnen zu bekennen. Vielleicht dringt die Wahrung ihrer englischen Freundinnen auch an das Ohr der deutschen Frauenstimmrechtsbewegung und bringt sie zu der Erkenntnis, daß neben der Gegenwartsarbeit für die durch den Krieg Betroffenen, doch auch die Arbeit für die Zukunft gehen muß, wenn man nicht ganz aus dem internationalen Leben ausgeschaltet sein will.

Aus der Partei.

Zensur und Presse.

Auf Ersuchen des Ausschusses der Kriegspressefraktion im Reichstag läßt der Parteivorstand der Parteipresse folgende Mitteilung zur Veröffentlichung geben:

In einer Pressekonferenz (d. h. ohne Anwesenheit der Regierungsvertreter) ist einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Pressekonferenz erklärt, daß in der Nr. 81 der „Berliner Tagwacht“ vom 9. April in einem Artikel mit der Aufschrift „Wohin die Reise geht“ gehässige und unwahrhaftige Angriffe gegen die Herren Baale, Dr. Eisele (nicht Eisler), Brunwald und Kallisch enthalten sind. Sie stellt fest, daß in der dort erwähnten Sitzung von keinem der genannten Herren eine Aeußerung getan worden ist, die als ein Vertrauensvotum für die Zensur aufgefaßt werden konnte.“

Beschlüsse von Parteiorganisationen.

Die „Freiwillige Zeitung“ druckt die Resolution ab, die der Sozialdemokratische Verein für den 13. sächsischen Wahlkreis (Leipzig) gegen 10 Stimmen angenommen hat. Anwesend waren 545 Delegierte. Sie lautet:

„Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis verurteilt das Bestreben einzelner, zur gegenwärtigen Mehrheit der Reichstagsfraktion gehörenden Genossen, die prinzipiell abweichende Meinung anderer Mitglieder als rein persönliche Quertreiberei zu benutzieren, wodurch eine sachliche Erörterung der Meinungsverschiedenheiten erschwert wird. Sie erklärt sich, ohne der Entscheidung des Parteitagges vorzugreifen zu wollen, mit der Stellung des Abgeordneten des Kreises, Friedrich Geber, zur Budget- und Kreditbewilligungsfrage grundsätzlich einverstanden.“

Weiter protestiert die Versammlung gegen den Beschluß des Parteiaussschusses vom 7. März 1915 über die Bewilligung des Etats, in dem sie eine Ueberschreitung der dieser Körperschaft zustehenden Befugnisse erblickt.

Das „Vöchnerer Volksblatt“ veröffentlichte kürzlich in herabgehobenem Text eine Erklärung des erweiterten Vorstandes des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Vöchner-Weslenkirchen-Gattungen-Bitten. Da diese Erklärung bereits verschiedentlich in der Parteipresse wiedergegeben ist, möchten wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Der erweiterte Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Vöchner-Weslenkirchen-Gattungen-Bitten ist mit der Haltung der Mehrheit der Reichstagsfraktion und der anderen Fraktionen der Gesamtpartei zum Kriege einverstanden. Er verurteilt entschieden das parteischädigende Treiben einzelner Ge-

nossen sowohl des linken wie des rechten Flügels der Partei. Er erklärt weiter, daß die Partei mit der Herausgabe und dem Anhalt der „Vöchnerer Volksblätter“ nichts zu tun hat. Er ermahnt die Genossen und Genossinnen dringend, sich von den Meinungsäußerungen der äußersten Rechten wie der Linken nicht beeinflussen zu lassen. Er ist der Ansicht, daß durch die Art der von diesen Genossen gepflogenen Auseinandersetzungen die Einheit der Partei gefährdet wird. Es muß alles aufgegeben werden, die Einheit der Partei, die nach dem Kriege notwendiger denn je sein wird, auch während des Krieges zu erhalten.“

Diese Erklärung ist, da das „Vöchnerer Volksblatt“ gerade während der Dauer des Krieges oft eine die Einheit der Partei keineswegs fördernde Art parteigenösslicher Polemik geführt hat, von verschiedenen Parteiblättern scharf kommentiert worden.

Die Kreisversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Düsseldorf nahm nach einem Referat des Genossen Reichstagsabgeordneten Haberland und eingehender Debatte mit allen gegen 7 Stimmen die folgende vom Vorstand eingebrachte Resolution an:

„Die Kreisversammlung des Wahlkreises Düsseldorf erblickt in der Zustimmung der Mehrheit der Reichstagsfraktion zum Etat einen Verstoß gegen die Beschlüsse der Parteitage von Lübeck, Nürnberg und Magdeburg und gegen die Interessen des gesamten Proletariats. . . . Sie spricht der Reichstagsfraktion das Recht ab, sich über die Beschlüsse der Parteitage hinwegzusetzen und damit die Gesamtpartei in eine innere Krise zu stürzen. Die Kreisversammlung erwartet, daß die . . . Mitglieder der Fraktion trotz alledem sich von dem Wege der alten erprobten sozialdemokratischen Politik nicht abdrängen lassen.“

Die Haltung der „Düsseldorfer Volkszeitung“ — sie steht auf dem Boden der Opposition — fand durch Annahme des folgenden Antrages Anerkennung:

„Die Kreisversammlung ist mit der Haltung der „Volkszeitung“ — besonders während der Kriegszeit — vollständig einverstanden. Sie spricht weiter der Redaktion für ihre mannhaftige Haltung ihre Anerkennung aus.“

Genosse Legien hat uns noch eine längere Zuschrift überliefert, die wir infolge Raumschwierigkeiten leider noch nicht bringen konnten. Ihre Aufnahme wird wahrscheinlich in der morgigen Nummer der „Vorwärts“ erfolgen.

Genosse Raes gestorben.

Am 27. April ist der Brüsseler Gemeindefürer Raes, früherer Sekretär der belgischen Arbeiterpartei gestorben. Er verwaltete das wichtige Ressort der Wohltätigkeitspflege. Raes war schwer zuerkennend, sein Tod aber ist wohl durch Aufregungen beschleunigt worden. Der Tod des sympathischen Mannes, dessen eadte Blamengestalt wohl manchem Teilnehmer internationaler Sozialistenkongresse im Gedächtnis geblieben sein dürfte, wird über den Kreis der belgischen Sozialisten hinaus Teilnahme erwecken. — Der Nachfolger Raes im Schöffenamt ist Genosse Pladet, Sekretär der Brüsseler Parteiföderation.

Parteiliteratur.

Weltkrieg und Sozialdemokratie. Ueber dieses Thema hat Genosse Hermann Wendel kürzlich an die Freiburger Wähler eine Rede gehalten, die soeben in unserem Dresdener Parteiverlag Kaden u. Co. in Broschürenform erschienen ist. Der Preis der 32 Seiten umfassenden Schrift beträgt 30 Pf.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Zahlstelle Berlin des Buchbinderverbandes sagt in ihrem Bericht für das erste Quartal: Der Beschäftigungsgrad hat merklich nachgelassen. In allen Branchen des Verbandes herrscht Arbeitsmangel. Zum Teil wird schon verkürzt gearbeitet, zum Teil ist die Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht gestellt. Betriebe, die sich mit Anfertigung von Turnisern und Patronenmaschinen befassen, haben ebenfalls die Arbeit einschränken müssen, teilweise sogar ganz eingestellt, weil sie Aufträge für diese Artikel nicht mehr erhalten konnten. — Die Mitgliederzahl belief sich am Schluß des Quartals auf 5545 (3317 männliche und 2228 weibliche). Das ist seit dem Schluß des vierten Quartals 1914 eine Abnahme um 648 Mitglieder. Die Einnahmen zum Heere spielen dabei eine erhebliche Rolle. Sie betragen im ersten Quartal 285. Im übrigen ist in großer Teil der nur vorübergehend im Beruf beschäftigt neu aufgenommenen Mitglieder wieder abgegangen. Im ersten Quartal wurden 334 Neuaufnahmen gemacht. Das ist insofern ein günstiges Ergebnis, als eine intensive Agitation fast unmöglich ist. Die Aufnahmen sind lediglich durch die Tätigkeit der Vertrauenspersonen erreicht worden. — Die Verhältnisse der Lokalkasse haben sich wesentlich gebessert. Ein schönes Zeichen für das Solidaritätsgefühl der Mitglieder ist es, daß 8746 M. an Extrabeiträgen eingingen. Für Unterstüßungen wurden 8496 M. ausgegeben, davon kamen 4890 M. auf die Arbeitslosenunterstüßung.

Urlaub an städtische Arbeiter während des Krieges.

Nachdem kürzlich Neufölln beschlossen hat, den städtischen Arbeitern auch in diesem Jahre, wenn auch mit Einschränkungen, 2 bis 7 Tage Urlaub zu gewähren, hat jetzt der Magistrat Charlottenburg entsprechende Verfügungen erlassen. Es erhalten Arbeiter mit Anspruch auf 14 Tage 10 Tage, mit 10 Tagen 7 Tage. Der Urlaub von 7, 5 und 3 Tagen bleibt in voller Höhe bestehen. Arbeitern, die im Vorjahre infolge Ausbruchs des Krieges ihres Urlaubs verlustig gingen, soll der volle Urlaub gewährt werden.

Deutsches Reich.

Das Haupttarifamt für das Baugewerbe wird am 19. Mai in Dresden tagen. Auf der Tagesordnung, die aus 11 Anträgen und zwei aus dem Kreise der Tarifkontrahenten bzw. den Tarifinstanzen an das Haupttarifamt zur Verantwortung gerichteten Fragen besteht, befindet sich auch ein grundsätzlicher Antrag über die Anwendung des Betonabschlags aus dem Jahre 1913 auf das Tiefbaugewerbe. Auch zwei Beschlüsse des Arbeitgeberbundes über die Verweigerung von Vertragsunterschriften durch örtliche Organisationen befinden sich unter den Anträgen. Demgegenüber ist es interessant, zu wissen, daß dem Vorstand des Arbeitgeberbundes bekannt ist, daß heute noch mehr als 100 Verträge durch seine Bezirksverbände von der endgültigen Unterschrift durch die Zentralorganisation zurückgehalten werden, obgleich die örtliche Unterzeichnung in den meisten Fällen längst geschehen ist. Der Arbeitgeberbund gibt nicht einmal Auskunft, wo alle diese Verträge verwahrt werden. Der Widerspruch, der in dieser Haltung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und den vorliegenden Anträgen zutage tritt, erklärt sich aus der Tatsache, daß es sich bei den Anträgen des Arbeitgeberbundes um die Befestigung eines Vorteils für die Arbeiter handelt, während es sich in dem anderen Falle meistens darum dreht, einer aus der endgültigen Unterzeichnung erwachsenden Tarifspflicht aus dem Wege zu gehen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmorgen. Zunächst weitere Erwärmung und östwärts fortwährende Trübung mit etwas Regen. Später im Westen beginnende Aufhellung und Abkühlung.

25 Jahre Berliner Gewerkschaftskommission.

1890 — 12. Mai — 1915.

Auf eine 25jährige Tätigkeit blickt die Berliner Gewerkschaftskommission — die Zentrale der Berliner Gewerkschaften — am 12. Mai d. J. zurück. Die Bedeutung der Berliner Gewerkschaftskommission geht weit über den lokalen gewerkschaftlichen Charakter hinaus. Da dürfte es wohl insbesondere die Berliner Arbeiterschaft interessieren, mit einigen kurzen Strichen die historische Entwicklung und der Entwicklung der Jubiläar zu ihrem Jubeljahr zu zeichnen. In dem Rahmen eines Zeitungsartikels kann man natürlich nur die wichtigsten Dinge zusammenreißen. Eine ausführliche Darstellung bringt das Festbüchlein, das Freund Joh. Sassenbach im Auftrage des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission geschrieben hat.

Antike gewerkschaftlicher Tendenzen finden wir schon sehr früh. So wurden im Sturmjahr 1848 an die preussische Nationalversammlung und an das Frankfurter Parlament für die Arbeiter folgende Forderungen erhoben:

1. Bestimmung des Minimums des Arbeitslohnes und der Arbeitszeit durch Kommissionen von Arbeitern und Meistern oder Arbeitgeber.
2. Verbindung der Arbeiter zur Aufrechterhaltung des festgesetzten Lohnes.
3. Regelung der Zahl der Lehrlinge, welche ein Meister halten darf, durch Kommissionen von Meistern und Arbeitern.
4. Aufhebung aller für das Reisen der Arbeiter gegebenen Ausnahmebefehle, namentlich der in den Wanderbüchern ausgesprochenen.
5. Beschäftigung der Arbeitslosen in Staatsanstalten, und zwar sorgt der Staat für eine ihren menschlichen Bedürfnissen angemessene Erziehung.
6. Errichtung von Musterwerkstätten durch den Staat und Erweiterung der schon bestehenden öffentlichen Kunstanstalten zur Heranbildung tüchtiger Arbeiter.
7. Der Staat versorgt alle Hilfslosen und also auch alle Invaliden der Arbeit.
8. Allgemeine Heimatsberechtigung und Freizügigkeit.
9. Schranken gegen Beamtenwillkür in Bezug auf die Arbeitsleute; dieselben können nur durch das entscheidende Urteil einer Kommission von ihren Stellen entlassen werden.

Ein im August desselben Jahres abgehaltener allgemeiner Arbeiterkongress machte diese Forderungen zu den seinigen und fügte folgende noch hinzu:

10. Eine Existenzgarantie; die Unterstützung von Arbeiterassoziationen und die Einsetzung von Arbeitsministerien in den einzelnen deutschen Staaten, die aus der freien Wahl der arbeitenden Massen hervorzugehen haben.

Indessen, das wichtigste dieser Tagung ist die Tatsache, daß sich der Kongress sehr eingehend mit der Frage der Organisation der Arbeiterklasse befaßte. Es sollten örtliche Komitees, aus Delegierten der gewerkschaftlichen und sonstigen Arbeitervereine zusammengesetzt, geschaffen werden. Diese örtlichen Komitees sollten durch Bezirkskomitees und ein Zentralkomitee miteinander verbunden werden. Die Aufgabe dieser Komitees sollten Organisation und Leitung der Arbeitsnachweise, Vereinbarung der Lohnsätze sein. (Die Lohnzahlung sollte durch die Hände der Komitees gehen, dieselben sollten durch Abzüge eine Assoziationskasse schaffen, die den verschiedensten Zwecken dienen sollte.)

Die den Namen „Arbeiterverbrüderung“ führende Organisation verlegte ihren Sitz des Zentralkomitees nach Leipzig. Die Organisation ähnelte also unserer heutigen Generalkommission mit ihren Kartellen.

Indessen, diese Regungen der Berliner Arbeiterschaft wurden von der Polizei Mitte 1858 vernichtet. Dieses polizeiliche Eingreifen fand leider auch die Genehmigung der ordentlichen Gerichte. Dann erfolgte 1862 im Dezember die Gründung des „Berliner Arbeitervereins“ — ein der damaligen Fortschrittspartei angehörendes Organisationsgebilde. Als gewerkschaftliche Organisation konnte nur allein der am 2. Dezember 1862 gegründete „Berliner Buchdrucker-Gehilfenverein“ in Betracht kommen. Dann folgt später die Gründung der Zigarrenarbeiter- und Schneiderorganisationen. Das war alles. Erst mit der Aufhebung des Koalitionsverbots und der Gewährung des Koalitionsrechts an die Arbeiter (1868) setzt eine regere Tätigkeit unter den Berliner Arbeitern ein. Den ersten gewerkschaftlichen Zusammenschluß finden wir in dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterunterstützungsverband“. Da brach der deutsch-französische Krieg aus. Wenn die jungen Reime der gewerkschaftlichen Arbeit auch nicht vernichtet wurden, so lagerte sich der Krieg wie ein eisiger Reif auf sie und alles gewerkschaftliche Leben war erstarrt.

Nach der Beendigung des Krieges und infolge des Milliardenlegens wuchsen die industriellen Unternehmungen wie Pilze aus der Erde. Eine Steigerung der Preise für alle Waren mußte auch die Arbeiter aufdecken, um eine Erhöhung der Löhne zur Bestreitung ihrer Lebenshaltung durchzuführen. In allen Berufen wurden Organisationen, Streikvereine bzw. Kommissionen gebildet, die vielfach dazu dienten, ein Zusammengehen der verschiedenen Organisationsrichtungen zu ermöglichen. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterunterstützungsverband entsprach jedenfalls nicht den Anforderungen der Berliner Arbeiter und man war offenbar bemüht, eine lokale Zentralisation aus dem Wirrwarr der Vereine und Kommissionen herauszuarbeiten. Für diese Aufgabe spricht ein in einer am 24. September 1871 abgehaltener Versammlung der Tischler von dem Führer derselben, Wilhelm Schmitz, den älteren Gewerkschaftlern unter dem Namen „der alte Lukas“ bekannt, eingebrachter Antrag folgenden Wortlauts:

Die heutige Volksversammlung beauftragt ihr Bureau, in nächster Zeit eine feste Vereinigung sämtlicher Arbeiter Berlins vorzubereiten, um dadurch dem Elend in der Arbeiterklasse durch Abkürzung der Arbeitszeit und Eringung höherer Löhne entgegenzuwirken.

Darauf wählte am 5. Oktober eine Konferenz, die zu dem Antrag Stellung nahm, ein Komitee zur Ausarbeitung der Statuten veröffentlichte die Leitätze und berief zum 19. und 20. November einen Kongress zur Einigung der Arbeiter Berlins ein. Auf diesem erfolgte die Gründung des „Berliner Arbeiterbundes“. Nach dem großen industriellen Zusammenbruch 1873 trat dieses Organisationsgebilde zugunsten des Allgemeinen Deutschen Arbeiterunterstützungsverbandes zurück, dieser aber löste sich 1874 freiwillig auf, um den damaligen Polizeimahnahmen gegen die Arbeiter zu entgehen. Was dann noch an Gewerkschaften bestand, fiel dem am 28. Oktober 1878 in Kraft tretenden Sozialistengesetz zum Opfer.

Als sich indessen die Berliner Arbeiter von dem ersten Schreden über die furchtbaren Schläge erholt hatten, welche ihre Organisationen betroffen hatten, begannen sie abermals eine rege Tätigkeit für die Gewerkschaften zu entfalten. Fast ausschließlich gründete man lokale Fachvereine. Am 5. Februar 1882 stellte Ferdinand Ewald in einer Klempnerversammlung eine Reihe von Forderungen auf, die an Parlament und Regierung gefandt werden sollen. Darauf folgte am 21. März eine Konferenz, die im wesentlichen die Ewaldschen Thesen genehmigte. Am 28. März beschloß eine weitere Konferenz, statt des zehn- den neunstündigen Normalarbeitstages zu fordern. Eine auf derselben gewählte Kommission sollte der an Parlament und Regierung abzuwendenden Petition die entsprechende Fassung geben.

Indessen zur Abfindung kam es nicht, denn die Polizei unterdrückte auch hier durch ihr Dozidentreten die Regungen gewerkschaftlicher Arbeit. Als historisch bemerkenswert sei erwähnt, daß eine am 11. April abgehaltene Versammlung der Strich-Dunderschen Gewerksvereine sich gegen die Beschlüsse der Konferenz aussprach. Der gesetzliche Normalarbeitstag sei — so erklärten sie — „ein Eingriff in die persönliche Freiheit und unausführbar und gemeinschädlich ohne gleichzeitige Garantie der Arbeit und des Normalarbeitslohnes.“ Indessen verlegte die Polizei die am 28. März gewählte Kommission, welche inzwischen erweitert worden war, in Anklagezustand. Eine Reihe von Angeklagten wurde zu Geldstrafen verurteilt und die Fachvereine der Biber und Bergolder geschlossen. Die Schließung der Fachvereine wurde durch das ordentliche Gericht indes wieder aufgehoben.

Dann folgte 1886 durch den Buttkamerischen Streikerlaß noch einmal ein wichtiger Schlag gegen die Arbeiter. Man glaubte durch den bekannten Erlaß die Gewerkschaftsarbeit endgültig lahmlegen zu können. Das war ein Irrtum, wie er allen Kämpfen gegen die Arbeiterschaft zugrunde lag. Trotz der Ungleichheit der Rechtsmittel konnte die Polizei den sich durchsetzenden Drang der Arbeiter zur Organisation höchstens hemmen, indessen nicht unterdrücken. Wie eine Trugantwort auf den Erlaß nimmt sich der Versuch der Berliner Arbeiter aus, 1886 einen Zusammenschluß herbeizuführen. Leider ist es bei dem Versuch geblieben.

Indessen in den folgenden Jahren entwickelte sich das Wirtschaftsleben mehr und mehr; damit setzte auch wieder ein regeres Leben bei den Gewerkschaften ein. Insbesondere entwickelte sich in geistiger Beziehung ein erfreulicher Aufstieg. Das war nicht zum wenigsten der im Jahre 1887 neu gegründeten „Berliner Volkstribüne“ durch Besprechung gewerkschaftlicher Probleme und Fragen zu danken. Die Regsamkeit der Berliner Arbeiter hatte zur Folge, daß auch sie ihren Anteil an der stetig steigenden Wirtschaftskonjunktur verlangten, um ihre Lebenshaltung zu verbessern. Eine Reihe von Lohnkämpfen und Streiks entstanden, deren wichtigste wohl die der Maurer, Maler und Zimmerer 1889 waren. Bei den Streiks und Lohnkämpfen hatten sich indessen auch eine Reihe unliebsamer Tatsachen herausgebildet, die dringender Abhilfe bedurften. Um nur das wesentlichste zu sagen. Die Entscheidung über Streik oder Nichtstreik lag nicht im Machtbereich der Gewerkschaften, sondern in den Händen der „öffentlichen Versammlung“. Diese Situation wurde durch den berühmten § 8 des preussischen Vereinsgesetzes herbeigeführt. Gestört wurde die Gewerkschaftsarbeit auch durch die leidige Organisationsfrage. Lokale Fachvereine hief es auf der einen, Zentralverband auf der anderen Seite.

Es war gegen Ende 1889, als Theodor Glocke sich so einen Entwurf gemacht hatte, wie die Frage zu lösen sei und dieses Projekt mit seinen Freunden Maurer Ernst Wiltschke und Maler Gustav Link vertraulich besprach. Als die drei sich über das Ziel klar waren, zogen sie noch einige Freunde, u. a. Emil Wiedemann, hinzu. Endlich glaubten sie die Stunde gekommen, um mit ihrem, richtiger gesagt dem Glockeschen Vorschlag an die Gewerkschaften heranzutreten zu können. Am 11. Mai 1890 las man im „Berliner Volksblatt“ eine Versammlungseinladung nach Zoels Salon in der Andreasstr. 21. Der Tagesordnung erster Punkt lautete:

Die stellen sich die Gewerkschaften Berlins zur Wahl einer Zentral-Streik-Kontrollkommission? Referent Theodor Glocke. Das Ergebnis der Versammlung drückt sich in dem nachfolgenden Aufruf aus:

„Die heute, den 12. Mai er., in Zoels Salon tagende öffentliche Versammlung sämtlicher Gewerkschaften Berlins erkennt die Notwendigkeit an, sobald als möglich eine Streik-Kontrollkommission für Berlin ins Leben zu rufen, deren Zusammenfassung aus Mitgliedern aller Gewerke vorzunehmen ist.“

Es werden sämtliche Gewerke aufgefordert, in nächster Zeit öffentliche Versammlungen einzuberufen, um hierzu Stellung und eventuell die Wahl der Vertreter zur Kommission (2 bis 3 für die einzelnen Gewerke) aus ihrer Mitte vorzunehmen. Die Resultate der einzelnen Besprechungen, sowie spezielle Berühmigungsvorschläge sind den Unterzeichneten baldmöglichst mitzuteilen, welche eine allgemeine Versammlung einzuberufen haben, um die Angelegenheit zum endgültigen Abschluß zu bringen.“

Am 3. Juli fand dann in „Jordans Salon“, Neue Grünstraße 28, eine Versammlung statt, in welcher die zahlreich eingegangenen Anträge durchberaten wurden. Nach langen Debatten wurde dann ein von den Klempnern gestellter Antrag, einen geschäftsführenden Ausschuh von 13 Personen zu wählen, mit großer Mehrheit angenommen. In den geschäftsführenden Ausschuh wurden gewählt: Brandt, Gerzhoff, Link, Millara, Müller, Ruge, Schlüter, Stabernad, Täte-row, Wiltschke und die Frauen bzw. Fr. Hoffmann, Rods und Laczinski. Damit hatte sich die „Zentral-Streik-Kontrollkommission“ — heute den Namen Berliner Gewerkschaftskommission tragend — konstituiert.

Dem jungen Organisationsgebilde standen indessen kritische Zeiten bevor. In erster Linie war es die Frage „Lokal- oder Zentralorganisation“, die mit dem Fall des Sozialistengesetzes (am 1. Oktober 1890) wieder infolge einer energischeren Propaganda der Zentralverbände einsetzte, die oft zu verächtlichen und dabei unfruchtbaren Debatten führte. Am 3. Juli 1891 legte der bisherige Ausschuh sein Amt nieder. Nach langen Debatten wurde dann beschlossen, einen Ausschuh von 3 Personen zu wählen. Indessen Machtbefugnisse gab man ihm auch nicht. Dieser unglückselige Beschluß hatte zur Folge, daß in einer Versammlung der Delegierten (im April 1892) die Frage erörtert wurde: „Soll die

Streik-Kontrollkommission weiter bestehen oder ist eine Auflösung erwünscht?“ Der Erfolg dieser Versammlung war, daß man an Stelle des bisherigen, 3 Personen starken, einen aus 9 Personen bestehenden Ausschuh wählte und sich endlich dazu entschloß, diesem auch Machtbefugnisse einzuräumen, ähnlich denen, welche die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Hamburg besaß. Damit war die Basis geschaffen, auf welcher sich die Tätigkeit der Kommission entwickeln konnte. Die Aufgabe der Kommission war zunächst Regelung der Streiks, Streiks, Sperren usw. durften nur mit Genehmigung der Streik-Kontrollkommission unternommen werden und hatten nur dann auf die Unterstützung der Berliner Gewerkschaften zu rechnen. In erster Linie sollten die Gewerkschaften selbst durch dauernde Sammlungen Mittel aufbringen; erst bei großen Aktionen setzte die Zentral-Streik-Kontrollkommission durch Herausgabe von Sammellisten ein.

Eine heftige Aufregung für die Berliner brachten die Halberstädter Kongressbeschlüsse; die Diskussion über den leichten Streit der Organisationsform entbrannte von neuem. Das Ergebnis war, daß eine am 7. April 1892 im Zeenpalast abgehaltene Versammlung beschloß, eine eigene Kommission für ganz Deutschland zu ernennen, die eine rege Propaganda für das Vertrauensmännerstystem (die Lokalorganisation) zu entfalten habe.

Inzwischen hatte sich auch die Notwendigkeit der Erweiterung des Aufgabenkreises der Kommission herausgestellt. Vorbereitung der Gewerbegerichtswahlen 1892 usw. Am 2. April 1893 beschloß die Delegiertenversammlung nach einem Referat des Goldarbeiters Haber, die Zentral-Streik-Kontrollkommission wegen der Erweiterung ihres Aufgabenkreises fortan „Berliner Gewerkschaftskommission“ zu nennen. Am 1. September 1893 errichtete die Kommission ein eigenes Bureau und Haber wurde als besoldeter Sekretär gewählt. 1894 löschten die Berliner Arbeiter den Bierboykott durch, der aus der Beteiligung der Wöltcher an der Maiseier entstand. Der Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission tat sein Möglichstes, um den Kampf zu beenden, leider vergeblich. Der Friede wurde erst am 28. Dezember geschlossen. In den nächsten Jahren machte sich dann mehr und mehr eine ruhigere Entwicklung für die Kommission geltend. Das Jahr 1896 brachte den Konfektionsarbeiterstreik, Sammlungen für den Hamburger Hafenarbeiterstreik und die Verfüzung der Sperre über die Berliner Baketfabrik. Die Ursache war das Verbot an deren Arbeiter, sich zu organisieren.

Als Charakteristikum mag noch erwähnt sein, daß eine Plenarversammlung der Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission mit 36 gegen 30 Stimmen beschloß, die Vorarbeiten für den im selben Jahre in Berlin stattfindenden Gewerkschaftskongress nicht zu übernehmen.

Das Jahr 1899 brachte dann die Krise für die Berliner Gewerkschaftskommission. Anlaß dazu war die beabsichtigte Änderung des Abstimmungsmodus in der Kommission bei wichtigen Anlässen. Hierbei brach der bisher schlummernde Streit über die Organisationsform von neuem aus. Der stille Funke gegenseitiger Verbitterung glommt zur hell lodernden Flamme auf. Die Diskussionen wurden mit einer Heftigkeit sondergleichen geführt. Das Ergebnis derselben war der Austritt der Lokalorganisationen aus der Berliner Gewerkschaftskommission.

Die Kommission hat diese Krise überwunden und in sich gefestigt eine stete weitere Aufwärtsentwicklung genommen. Das Vertrauen der Berliner Gewerkschaften zu ihrer Zentralinstanz stieg von Jahr zu Jahr.

Einen hervorragenden Anteil hatte die Kommission bei der Schlichtung der Lohnkämpfe der Berliner Gewerkschaften vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts.

Eine weitere Festigung brachte die Ablösung des preussischen Vereinsgesetzes mit seinem berüchtigten Verbindungsverbotsparagrafen durch das Reichsvereinsgesetz. An Stelle der Delegiertenversammlungen traten nunmehr die Vorstandskonferenzen. Inzwischen hat sich der Aufgabenkreis der Jubiläar erheblich erweitert und ihre Einrichtungen ausgestaltet. Ein Arbeitersekretariat wurde errichtet, gegen welches zuerst von verschiedenen Seiten Opposition gemacht wurde, weil man nicht das Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission zur „Schreibstube“ herabsinken lassen wollte.

Auf allen Gebieten sozialer Fürsorge hat sich die Berliner Gewerkschaftskommission im Laufe der Zeit betätigt. Insbesondere die Bedeutung der Berliner Gewerkschaftskommission, die sie auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge besitzt, brachte erst der Krieg. Während dieser schweren Zeit hat der Ausschuh der Gewerkschaftskommission auf allen Gebieten der Kriegsfürsorge und Arbeitslosenfürsorge zum Wohl der arbeitenden Bevölkerung Berlins, insbesondere der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, mit den Behörden zusammen gewirkt und volle Anerkennung gefunden. Ganz verschwund sind die behördlichen Organe, die auch heute noch nicht den Wert der Gewerkschaften und ihre hohe kulturelle Bedeutung für unser Wirtschaftsleben erkannt haben.

So kann die Jubiläar mit freudiger Genugnung und berechtigtem Stolz auf ihre 25jährige Tätigkeit zurückblicken. 25 Jahre! Ein Atom im Leben der Kulturmenschen! Und doch, welche Unsumme von Arbeit, Mühe und Opfer haben in dieser Zeit die Berliner gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bringen müssen, ehe sie das erreicht haben, was heute ist. Wie auch der Krieg störend in die Entwicklung eingegriffen hat, die Berliner Gewerkschaften sehen alles ein, um ihre Organisation durchzuhalten. Sie wissen, daß sie der Organisation nach dem Kriege dringender bedürfen als je.

So feiert denn die Berliner Gewerkschaftskommission ihr 25jähriges Bestehen in dem Gedanken, immer das Beste für die Gewerkschaften gewollt zu haben, und, getragen von dem Vertrauen der Arbeiter, auch ferner ihre Pflicht zu tun.

Indessen, diese Jubelfeier hat auch eine über das Leben Berlins hinausgehende Bedeutung. Am 16. November 1891 wurde in Berlin auf einer für ganz Deutschland abgehaltenen Konferenz in den „Arminhallen“ die heutige Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands aus der Taufe gehoben. Die Berliner Gewerkschaftskommission als erstes deutsches Gewerkschaftsorgan kann sich an ihrem Jubeltage rühmen, zu dem segensreichen Wirken der Kartelle den Anstoß gegeben zu haben.

Heute Mittwoch, den 12. Mai: Zahlabend in Groß-Berlin.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 221 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- Oberrheinische Armee. Stellvertretendes Generalkommando des 6. Armeekorps. 1. Garde-Reg. u. P.; 1. und 2. Garde-Ers.-Reg.; Grenadier-Regimenter Alexander, Franz, Elisabeth, Augusta und Nr. 5; Garde-Schützen-Bataillon; Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Jäger-Regimenter Nr. 1, 3, 4, 5, 6, 14, 15, 16, 18 (siehe Erf.-Inf.-Reg. v. Reinhard); 23, 27, 30, 32, 37, 38, 43, 48, 51, 52, 55, 56, 57, 59, 61, 62, 63, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 76 (siehe auch Brig.-Erf.-Bataillon Nr. 83); 82, 83, 84, 85, 87, 89, 91, 93, 96, 100, 111, 112, 114, 116, 117, 118, 128, 129, 130, 132, 136, 137, 138, 140, 141, 144, 146, 147, 148, 149, 152, 154, 159, 164, 167, 168, 172, 173, 174, 175, 176; Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 5, 8, 15, 16, 17, 18, 21, 29, 30, 35, 45, 53, 55, 56, 59, 60, 61, 64, 65, 66, 70, 71, 74, 76, 82, 88, 94, 118, 130, 202, 213, 214, 215, 233, 256, 257, 260, 265; Erf.-Inf.-Regimenter Königsberg I, III und v. Reinhard; Inf.-Erf.-Regiment Nr. 2; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 3, 4, 5, 6, 7, 18, 24, 29, 37, 39, 47, 49, 51, 53, 66, 76, 81; Landw.-Erf.-Regimenter Nr. 1, Nr. 5 der Division v. Menges; Befehlungs-Regimenter Nr. 2 der Brigade Douffin, Nr. 6 der Brigade Hoffmann; Feld-Bataillon Reiter des Detachements Pfahler; 2. Westfälisches Landwehr-Inf.-Bataillon Breslau; Ueberplanmäßiges Landw.-Inf.-Bataillon Nr. 4 des 4. Armeekorps; Brigade-Ers.-Bataillone I, Nr. 5, Nr. 10, 26, 34, 38, 41, 79, 83; Landw.-Brigade-Erf.-Bataillone Nr. 10 (siehe Landw.-Erf.-Reg. Nr. 5 der Division v. Menges), 27 (siehe Landw.-Erf.-Reg. Nr. 1) und 38; Garde-Landw.-Inf.-Bataillon Koffen; Landw.-Inf.-Bataillone I Alfenstein, Krieg (siehe Inf.-Reg. Nr. 6 der Brigade Hoffmann), 3, Frankfurt a. O., I, und 3, Karlsruhe, Nr. 87 (Konig), Landsberg a. W., II Schrimm; Landw.-Inf.-Erf.-Bataillone 3. und 13. des 7. Armeekorps sowie Bataillon Saarburg; Jäger-Bataillon Nr. 1. 2. Garde-Dräger; Kürassiere Nr. 7; Dräger Nr. 1, 18; Reiter-Dräger Nr. 4; Husaren Nr. 1, 2; Reserve-Husaren Nr. 5; Mänon Nr. 7; Reserve-Mänon Nr. 5; Jäger zu Pferde Nr. 2, 5; Erf.-Reg. Nr. 1; Landw.-Reg. Nr. 2; 7. Landw.-Schützen des 5., 4. des 7. sowie solche des 20. Armeekorps; Ab-Abteilung der 41. gemischten Erf.-Brigade; Inf.-Abteilung Nr. 75. Reibartillerie: 1. Garde-Reg.-Reg.; Regimenter Nr. 6, 7, 8, 9, 19, 21, 31, 35, 57, 75 (siehe 1. Pionier-Bataillon Nr. 4); Reserve-Regimenter Nr. 13, 15, 25, 29, 38, 62, 66. Artillerie: Regiment Nr. 9; Inf.-Regimenter Nr. 3, 15, 16; Landw.-Bataillone Nr. 7, 8; Inf.-Bataillon Nr. 23; Landw.-Bataillone des 3. und 11. Armeekorps. Pioniere: Regiment Nr. 24, 25, 31; Bataillone II, Nr. 2, I, Nr. 4, III, Nr. 16, I, Nr. 21; Kompanie Nr. 104; Inf.-Komp. Nr. 10; 1. Landwehr-Komp. des 9. und 1. des 14. Armeekorps; Scheinwerferzug Nr. 51; Mittlere Minenwerfer-Abteilung Nr. 155. Feldlagerungs-Telegraphen-Abteilung Nr. 1. Infanterie-Munitionskolonnen Nr. 4 des 3. Armeekorps; Inf.-Munitionskolonnen Nr. 17; Artillerie-Munitionskolonnen Nr. 2 der Garde-Erf.-Division. Straßenbau-Komp. Nr. 24. Sanitäts-Komp. Nr. 1 des Korps P. Train-Abteilung Nr. 5; Leichte Magazin-Fuhrpark-Kolonnen Nr. 2 der 8. Armee.

- Die hannoversche Verlustliste Nr. 181 meldet Verluste des 4., 10. Inf.-Reg.; Inf.-Regimenter Nr. 3, 4, 11, 15, 19, 20. Die sächsische Verlustliste Nr. 145 verzeichnet Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 100, 101, 102, 108, 133, 181; Inf.-Regimenter Nr. 102, 104, 107, 241, 243; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 107; Erf.-Inf.-Regimenter Nr. 24, 32; Erf.-Inf.-Reg. Nr. 9, Landw.-Brigade-Erf.-Bataillon Nr. 48; Landw.-Erf.-Reg. Nr. 5; Landw.-Brigade-Erf.-Bataillon Nr. 47; Erf.-Bataillone Regiment Nr. 100; Regiment Leibschütz-Berener, Inf.-Reg. Nr. 104; Jäger-Bataillon Nr. 13. Pionier-Bataillone: II, Nr. 12, 22; I, Erf.-Komp., 2. Bataill. Nr. 22. Eisenbahn-Paufomp. Nr. 8. Armierungs-Bataillon Nr. 25.

Aus Groß-Berlin. Am Hellssee.

Der Mai ist die Zeit des jungen Buchenlaubes. Unschonbar sind die kleinen wolligen Näschen der Buche, die gerade jetzt in voller Blüte stehen, aber um so schöner sind die jungen, hellgrünen Blätter, mit den seidigen, weißen Wimperfransen rings um den Rand, die sie später verlieren. Wer es vermag, der suche jetzt Buchenwälder auf, hinter Spandau oder im hügeligen Waldgebiet gegen Wiesenthal, Eberswalde, Chorin und Freienwalde. Mancher, der den Bunsch hegt, den Hellssee bei Lanke wiederzusehen, wird die gegenwärtige Jahreszeit am besten benutzen. Das Gebiet war, solange es sich im Privatbesitz eines Bankiers befand, nicht besonders gut zugänglich. Jetzt ist es Eigentum Berlins geworden, sodass man ungehindert um den See wandern kann. Die Benutzung des Bootzuges nach Bernau gibt den billigen Reiseweg. In Bernau folgt man dem Strom der aussteigenden Touristen, der sicher durch die Stadt und an der alten Kirche vorbei durch die alten Stadtmauern hindurch zum Nordwestausgang des Ortes leitet. Hier schlagen wir die Chaussee nach dem Dorfe Ladeburg ein. Von Bernau aus führen mehrere Wege in den Wald, aber in jeder Richtung ist erst eine ungefähr stundenlange, unbeschnittene Strecke zu durchschreiten. Hinter Ladeburg verlassen wir die nach Lanke weiterführende Chaussee am Waldrande, indem wir den hier abzweigenden Waldweg einschlagen, der über die Langerömer Mühle nach Wiesenthal führt. Wir wollen zum Hellssee und können ihn auch auf dem kleinen Umweg über die Langerömer Mühle, die idyllisch an einem geschäftigen Fluss und am Mühlenfeld gelegen ist, erreichen. Näher ist es, wenn wir, nach einer guten halben Stunde hinter Ladeburg, den Fahrweg auf einem spärlich bewachsenen Fußweg in nördlicher Richtung verlassen. Er führt am Radesee vorbei durch den Wald an den See. Die ursprünglich vorherrschenden Kiefern sind allmählich durch vereinzelte, ergrünte Laubbäume aufgeklärt worden. Mit der Annäherung an den See werden die hellen Buchen zahlreicher. Wir gehen um seine östliche Bucht herum und stehen an der Hellmühle, einem schön gelegenen Erfrischungsort, der uns aber auf diesem Ausfluge noch zu früh kommt. Der Fußweg führt am Nordufer des Sees entlang. Sind wir bisher mehr als zwei

Stunden gut ausgeschritten, so werden wir dafür nun um so langsamer am Ufer entlang schlendern, um uns von diesem herrlich aus Waldesgrün, Wasser und Vogelklang zusammengefügten Bilde nichts entgehen zu lassen. Ungefähr in der Mitte des Sees überspannt ihn an einer schmaleren Stelle eine rote, kräftige Holzbrücke, die wir überschreiten, um am jenseitigen, noch schöneren Ufer weiter zu gehen. So erreichen wir allmählich das westliche Ende. Die Gegend wird parkartig, der Weg führt am gegenwärtig wohl unbewohnten Schloss Lanke vorbei zum Gatter hinaus, und wir stehen im idyllischen Dorf Lanke, das sich übrigens gut zur Einfuhr eignet. Die Weiterwanderung erfolgt auf der Waldchaussee nach Lehdorf. Hier haben wir bald den Obersee zur Rechten, waldige Hänge zur Linken. Langgestreckte Wiesen lösen den See ab, der Wald aber bleibt uns fern. So erreichen wir Lehdorf, eine kleine Ansiedlung, vielen Ausflüglern vom Besuch des Radessees als Erfrischungspunkt wohlbekannt. Reicht die Zeit aus, ist das Wetter günstig und die Marschierlaune gut, dann ist der Radessee noch mitzunehmen. Man wandert an seinem wundervollen Südufer unter hohen Buchen und Niesfern bis zu seinem westlichen Ende, wo das Restaurant Forsthaus Radessee liegt. Hier mündet von Süden her ein von Bernau herkommender Waldweg ein, auf dem wir nach Bernau zurückkehren können. Wir kommen dabei auf die Chaussee Bernau-Banditz und auf dieser über das Waldrestaurant nach Bernau. Vom Radessee bis zum Bahnhof Bernau sind auch bei gutem Gange 2 1/2 Stunden zu rechnen. Man kann den Radessee auch auslassen und schon bei Lehdorf einen Waldweg nach Bernau einschlagen, der bezeichnet und nicht zu verfehlen ist; er führt ebenfalls ständig durch Wald, der — wie bei den übrigen Wegen — erst etwa eine Stunde vor Bernau aufhört, um einer gut märkischen Ackerlandschaft mit Windmühlen usw. Platz zu machen. So hat man Gelegenheit, sich auch am guten Stande der Saaten zu erfreuen.

Neue Dezernatverteilung im Magistrat. Durch den Eintritt des Stadtrats Sassenbach in den Magistrat hat sich eine Aenderung der Dezernate notwendig gemacht. Sassenbach übernimmt die folgenden Dezernate: Er tritt ein in die Gewerbe-Deputation, in die Deputation für Fach- und Fortbildungsschulen, in die Brennmaterialien-Deputation, in das Auditorium der Friedrich-Wilhelm-Anstalt für Arbeitsame; er bearbeitet in Unterstützungssachen die Angelegenheiten, die sich auf die Bewilligung von Ruhegeld beziehen, erhält den Vorsitz in den Unterstützungskommissionen VIIb und VIIc und vertritt neben dem Stadtrat Fischbeck den Magistrat im Groß-Berliner Arbeitsnachweis für Kriegsverletzte. Herr Stadtrat Dr. Biemer tritt in die Bau-Deputation ein an Stelle des Stadtrats Reimann, während der letztgenannte Mitglied der Hafen-Deputation wird.

Erhebung der Vorräte von Kartoffeln am 15. Mai 1915 auf Grund der Bundesratsverordnung vom 4. März 1915.

Der Magistrat von Berlin gibt folgendes bekannt: Der Vorrat von Kartoffeln mit Beginn des 15. Mai 1915 in Mengen von 20 Pfund und mehr in Berlin in Gewahrsam hat, gleichviel, ob er der Eigentümer ist oder nicht, ist verpflichtet, die vorhandenen Vorräte dem Statistischen Amt der Stadt Berlin, Poststraße 16, anzugeben.

Die Anzeige über Vorräte, die sich an dem Erhebungstage auf dem Transport befinden, ist unverzüglich nach dem Empfang von dem Empfänger gleichfalls dem Statistischen Amt der Stadt Berlin zu erstatten.

Vorräte unter 20 Pfund unterliegen der Anzeigepflicht nicht. Die Durchführung der Erhebung liegt den Ortsbehörden ob. Gemäß Ziffer 5 der ministeriellen Anweisung vom 3. Mai 1915 haben wir die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter verpflichtet, die ihnen zugehenden Hauslisten bis spätestens zum 16. Mai 1915 ausfüllen zu lassen.

Hausbesitzer oder deren Stellvertreter, welchen die Hausliste bis einschließlich 15. Mai 1915 nicht zugestellt ist, haben sie vom Statistischen Amt der Stadt Berlin, Zimmer 49, zu verlangen.

Wer seine Anzeige bis spätestens zum 16. Mai 1915 nicht mittels der Hausliste erstattet hat, muß sie spätestens am folgenden Tage schriftlich und portofrei beim Statistischen Amt der Stadt Berlin, Poststraße 16, einreichen.

Sämtliche der Anzeigepflicht unterliegenden Kartoffelvorräte einschließlich der zu gewerblichen Zwecken, zur tierischen Ernährung und zur Aussaat bestimmten Mengen sind anzugeben. Abzüge sind unzulässig.

Die Angabe hat in Zentnern und Pfunden zu erfolgen.

Wer vorsätzlich die Anzeige, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gefestigten Frist erstattet oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft; auch können Vorräte, die verschwiegen sind, im Urteil für den Staat verfallen erklärt werden.

Wer fahrlässig die Anzeige, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gefestigten Frist erstattet oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark oder im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

Stadtratswahl. An Stelle des verstorbenen Stadtratsverordneten Albert Schulze wurde gestern im vierten Gemeindebezirk der zweiten Abteilung (Potsdamer-Tor-Viertel) der Drogenhändler H. D. Koritz gewählt.

Die Beschlagnahme von Terpentin ist laut Bekanntmachung des Herrn Oberkommandierenden in den Marken vom 4. d. Mts. wieder aufgehoben.

Stadtratswahlen. Im 4. Bezirk der zweiten Abteilung wurde am gestrigen Dienstag für den verstorbenen Stadtratsverordneten Albert Schulze mit 239 Stimmen Kaufmann Heinrich Koritz gewählt. Derselbe wird sich der Fraktion der „Alten Linken“ anschließen, der auch der bisherige Mandatsträger angehört hatte. Der bürgerliche Gegenkandidat Justizrat Lewin erhielt 24 Stimmen.

A. G. G. Schnellbahn-Aktiengesellschaft.

In der am 10. d. M. abgehaltenen Aufsichtsratsitzung, an der Vertreter des Verbandes Groß-Berlin und der Stadt Berlin teilnahmen, erstattete der Vorstand den Bericht für das erste Geschäftsjahr 1914. Die bisher ausgeführten Arbeiten umfassen den Haupt-

teil der Tunnelstrecke in der Brunnenstraße einschließlich der Haltestelle Voltastraße, ferner zwischen Waisen- und Zannowibridge den Nordteil des Spreetunnels, für den die Schutzdecke in der Spreefohle fertiggestellt ist. Die Hülshauswerke in der Spree konnten bereits wieder beseitigt und die Schifffahrt in diesem Teile freigegeben werden.

Die Bauarbeiten sind seit Kriegsbeginn infolge des zunehmenden Mangels an Arbeitskräften und namentlich an Fuhrweifen langsamer vorgeschritten, als ursprünglich vorausgesetzt war. Es besteht aber die Hoffnung, daß sich die terminmäßige Fertigstellung einhalten läßt; auch hielten sich trotz der durch den Kriegszustand verursachten allgemeinen Steigerung von Löhnen und Materialkosten die bisherigen Ausgaben im Rahmen der vorhergesehenen Beträge. Für den Erwerb des erforderlichen Grundeigentums ist der Gesellschaft das Enteignungsrecht verliehen und weiter auf Grund der inzwischen erlassenen königlichen Verordnung das vereinfachte Enteignungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit angeordnet. Der Grunderwerb für die Bahnstrecke ist in der Hauptsache erledigt; wegen des Geländes für den Betriebsbahnhof schweben die Verhandlungen mit der Stadt als Eigentümerin. Betreffs des südlichen Endpunktes der Bahn haben die Aufsichtsbehörden geordert, daß statt des geplanten, an die Endstation Hermannplatz anschließenden langen Verbindungsganges ein möglichst günstiger Übergang zum Bahnhof Hasenheide der städtischen Nord-Süd-Bahn geschaffen und die spätere Fortführung nach Neukölln ermöglicht wird. Die Verhandlungen hierüber sind noch nicht abgeschlossen und die endgültige Feststellung steht noch aus. Die Bauzinsen an die Aktionäre zu 4 1/2 Proz. vom Tage der Einzahlung bis zum Ablauf des Geschäftsjahres berechnet, betragen 37,75 M., die Gewinnanteile der Vorzugsaktien werden von der A. G. G. bereits seit dem 2. Januar d. J. mit 50 M. eingelöst.

Metropoltheater gegen Berliner Magistrat.

Nach § 1 Nummer 2 der Berliner Lustbarkeitssteuerordnung vom 8. März 1913 werden unter anderem der Lustbarkeitssteuer solche Theaterdarstellungen unterworfen, bei denen „im Zuschauerraum das Rauchen gestattet ist oder Getränke verabreicht werden“. Mit Rücksicht auf die neue Steuerordnung gestellte die Direktion des Metropoltheaters vom 8. April bis Anfang Mai 1913 das hier übliche Rauchen und Trinken nur noch im sogenannten Promenoir, indem sie davon ausging, daß dieser Raum nicht zum Zuschauerraum des Theaters gehöre und bei dieser Beschränkung Steuerfreiheit sicher sei. — Der Magistrat war aber anderer Meinung und zog das Metropoltheater für die Zeit vom 8. April bis zum 1. Mai 1913 mit 12832 M. zur Lustbarkeitssteuer heran.

Der Bezirksausschuß gab der hiergegen gerichteten Klage der Theatergesellschaft statt und erkannte auf Freistellung von den 12832 M. Es wurde zunächst festgestellt, daß es sich bei dem sogenannten Promenoir um einen Raum hinter dem 2. Rang handelt, in dem sich eine Selbstbar, Blumenstand und dergleichen sowie Tische und Stühle befinden. Man promenierte, trank und rauchte dort oben und unterhielt sich mit Freunden und Fremden. Dort und auf der Bühne bringen auch hierher. Wenn man will, kann man auch den Vorgängen auf der Bühne folgen, aber nur, wenn man sich vor seinem Platz erhebt und einen Stehplatz hinter den Plätzen des 2. Ranges einnimmt.

Auf Grund dieser Feststellungen hielt der Bezirksausschuß die Freistellung für gerechtfertigt. Er ging dabei von der Meinung aus, daß der § 1 der Steuerordnung dem Sinne nach mit der angelegenen Bestimmung nur wirkliche Kauftheater im gewöhnlichen Sinne des Wortes treffen wolle, daß es sich aber hier nicht um ein solches handle. Das Promenoir diene weniger den Zwecken des Zuschauens, als denen der Pflege der Geselligkeit, und stelle im Verhältnis zum „eigentlichen“ Zuschauerraum nur einen kleinen Teil dar.

Das Oberverwaltungsgericht, vor dem Justizrat b. Gordon den Magistrat vertrat, hob am Dienstag das Urteil des Bezirksausschusses auf und wies die Freistellungsklage des Metropoltheaters endgültig ab. Gründe: Die Entscheidung hänge davon ab, ob das Theater zu jener Zeit zu demjenigen gehörte, der dessen Vorstellungen im „Zuschauerraum“ das Rauchen gestattet war, oder Getränke verabreicht wurden. Das sei zu bejahen. Die Auffassung des Bezirksausschusses sei falsch. Die Steuerordnung mache keinen Unterschied zwischen einem „eigentlichen“ Zuschauerraum und einem „Zuschauerraum“, wie es der Vordrucker verleihe. Auch das Promenoir sei Zuschauerraum, trotz seiner besonderen Eigenart. Die Leute, die den Eintrittspreis von 1,50 M. beziehungsweise 1 M. (nach 9 Uhr) für das Promenoir bezahlt hätten, könnten, wenn sie wollten, von hier oben den Bühnenvorgängen zuschauen, aber auch andere Leute von anderen Plätzen, die sich die Sache einmal von dort ansehen wollten. Die Besteuerung war gerechtfertigt. (Augenblicklich ist das Rauchen und Trinken abgebrochen.)

Ins Wasser gesprungen und ertrunken.

Vor den Augen des Publikums ins Wasser gesprungen und ertrunken ist gestern mittag ein junges Mädchen oder eine junge Frau, deren Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Die Lebensmüde ging auf der Schöneberger Brücke eine Weile auf und ab und sprang dann plötzlich in den Kanal. Eine gestrickte Handtasche lag sie auf der Brücke liegen. Schuttmänner und andere Leute suchten sofort mit einem Rettungsfahrer das Wasser ab. Die Selbstmörderin aber war sofort untergegangen und kam nicht wieder zum Vorschein. Sie trug dunkle Kleidung und einen schwarzen Strohhut mit schwarzem Band und zwei blaugelben Blumensträußen. Die Handtasche enthielt ein Portemonnaie aus gelbem Leder, einen runden Taschenspiegel, einen Bleistift in einer Metallhülse und ein weißes Taschentuch ohne Zeichen.

Aufgefährt ist jetzt ein Hund am Schöneberger Ufer. Die Vermutung, daß eine rote Jade, ein Hut und eine Handtasche, die dort lagen, von einer Selbstmörderin zurückgelassen worden seien, hat sich jetzt bestätigt. Die Eigentümerin der Sachen war ein 31 Jahre altes Dienstmädchen Meta Senfke, das in Dahlem in Stellung war. Auf einem Zettel hatte es hinterlassen, daß man es im Wasser finden werde. Gestern nachmittag wurde es an der Hertzstraße als Leiche gefunden. Was das Mädchen in den Tod getrieben hat, ist noch nicht bekannt.

500 M. Besohnung hat der Polizeipräsident auf die Ergreifung des Täters festgesetzt, der am Sonnabend, den 8. Mai, nachmittags gegen 3 Uhr, die Frau Auguste Kluge, Verklüngenstr. 1, 4 Tr., über den Kopf schlug in der Absicht sie zu berauben. Der Täter machte den Eindruck eines Arbeiters, ist ca. 1,80—1,85 Meter groß, schlank, hat dunkelblondes Haar, welches lange Zeit nicht geschnitten und daher sehr lang ist, ein längliches, hohes Gesicht und ist bartlos. Er war mit einem dunklen Jackett und einer grauen Blaugestreiften Hose, die unten ca. 4 Finger breit umgeschlagen war, sowie mit einem schwarzen, steifen Hut bekleidet. Zweckdienliche Angaben,

